



Abgeordnete der Fraktion  
in der Hamburgischen  
Bürgerschaft

**DIE LINKE.**

# Bürger:innenbrief

14. Dezember 2022

Doppelhaushalt 2023/24 +++ U-Bahnlinie 5 +++ Schule am Limit +++ Mietenprobleme +++ Volksini Hamburg Werbe-  
frei +++ Erfolg für SAGA-Mieter:innen +++ NOLympia Hamburg, mon amour! +++ Obdachlosigkeit kann jede\*n treffen



Auf der Kundgebung zum Antikriegstag am 1. September vor dem Gewerkschaftshaus (Foto: Michael Joho)

## Liebe Leserinnen und Leser,

selten endete in der jüngeren Vergangenheit ein Jahr mit einer so unklaren Perspektive wie dieses: Wo wird uns der Krieg in der Ukraine noch hinführen? Reicht das Geld angesichts plötzlicher Mehrausgaben von mehreren hundert Euro pro Monat? Wird es mit den Hiobsbotschaften zur Klimakatastrophe so weitergehen? Corona scheint abzuflauen, doch was ist mit Langzeitfolgen, droht gar die nächste Pandemie? Und auch diese Frage stellen wir uns: Wird sich DIE LINKE berappeln, wenn schon nicht als Fels in der Brandung, so doch als unverzichtbare, von Vielen geschätzte Stimme für Frieden und eine sozial-ökologische Wende, gegen Rechts und die Abwälzung der Krisenlasten auf die weniger gut

Betuchten? Wie heißt es so schön: Wir wissen es nicht, aber wir arbeiten dran.

In solchen Zeiten der Verunsicherung und der offenen Fragen versuchen wir, eigenen Grundsätzen treu zu bleiben und eben nicht klein beizugeben. Manch eine/r von uns wird sich womöglich gerade in dieser Situation daran erinnern, warum sie/er Linke/r geworden ist. Und dann zeigt sich: Armut und Ungerechtigkeit haben keineswegs abgenommen, ganz im Gegenteil, die Schere geht in der Welt, in Deutschland und auch in Hamburg immer weiter auf. Reaktionäre Ideologien und Wirtköpfe beherrschen zwar nicht das Feld, aber sie gewinnen an Terrain. Von einer besseren Welt – wie auch im-

mer die genau aussehen wird – sind wir weiter entfernt denn je. Unsere Wut und Empörung sind nicht kleiner geworden, warum auch? All das führt notwendig zu dieser Erkenntnis: Es bleibt viel zu tun, packen wir's an.

Antworten auf große Fragen zu suchen und zu finden – vielleicht nur gefühlt –, kann bisweilen auch unseren parlamentarischen Alltag bewältigen helfen. Nehmen wir die in dieser Woche anfallenden dreitägigen Haushaltsberatungen. Obwohl wir uns in der Vorbereitung dieser Debatten seit Monaten wahrscheinlich so viele Gedanken gemacht und Mühe gegeben haben wie kaum eine andere Fraktion, Schulungen durchführten, Berge von Unterlagen wälzten, seltsame Kennziffern interpretierten, den Austausch mit der Zivilgesellschaft suchten und zu guter Letzt diverse Anträge formulierten – werden wir doch keinen einzigen davon durchsetzen. Seit 2008 ist das so, seitdem DIE LINKE in der Hamburgi-

schen Bürgerschaft vertreten ist. So what? Wir halten es da mit einem unserer Klassiker: »Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde!«

Und wenn diese Woche rum ist, bleiben noch ein paar Tage für Nachbereitung, Aufräumen und Abheften, auch dafür, einige Pläne für die zweifellos kommenden Auseinandersetzungen zu schmieden, um dann, zwischen den Jahren, ein bisschen Luft zu holen. Wir alle haben uns das verdient.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen und Euch schöne Feiertage, hoffen auf ein besseres neues Jahr und empfehlen die Lektüre der nachfolgenden Zeilen! Der nächste Bürger:innenbrief erscheint Mitte Februar.

Heike Sudmann und Sabine Boeddinghaus  
Michael Joho und Hanno Plass

## Das Gedächtnis der Menschheit

Von Bertolt Brecht, geschrieben 1952

Das Gedächtnis der Menschheit  
für erduldete Leiden ist erstaunlich kurz.  
Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden  
ist fast noch geringer.

Die Beschreibungen,  
die der New Yorker  
von den Gräueln der Atombombe erhielt,  
schreckten ihn anscheinend nur wenig.  
Der Hamburger ist noch umringt von den Ruinen,  
und doch zögert er,  
die Hand gegen einen neuen Krieg zu erheben.  
Die weltweiten Schrecken der vierziger Jahre scheinen  
vergessen.  
Der Regen von gestern macht uns nicht nass sagen viele.

Diese Abgestumpftheit ist es,  
die wir zu bekämpfen haben,  
ihr äußerster Grad ist der Tod.  
Allzu viele kommen uns schon heute vor wie Tote,  
wie Leute, die schon hinter sich haben,  
was sie vor sich haben, so wenig tun sie dagegen.

Und doch wird nichts mich davon überzeugen,  
dass es aussichtslos ist,  
der Vernunft gegen ihre Feinde beizustehen.  
Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen,  
damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde!  
Lasst uns die Warnungen erneuern,  
und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind!  
Denn der Menschheit drohen Kriege,  
gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind,  
und sie werden kommen ohne jeden Zweifel,  
wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten,  
nicht die Hände zerschlagen werden.

# Zum hamburgischen Doppelhaushalt 2023/24

Von Sabine Boeddinghaus, Co-Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion

Am 15. Dezember wird nach dreitägiger Beratung und Debatte in der Bürgerschaft der Doppelhaushalt für die Jahre 2023/24 mit einem jährlichen Gesamtvolumen von gut 18 Milliarden Euro beschlossen.

Aufgestellt wurde er im Frühsommer dieses Jahres. Da waren die rasante Inflation und die Energiekostensteigerungen so noch nicht absehbar. Als Zeichen, dass auch die Regierungsfractionen von SPD und GRÜNEN das erkannt hätten, präsentierten sie jüngst ein Mini-Zusatz-Haushaltspaketchen von jährlich 28 Millionen Euro. Bei einem Gesamtvolumen von über 18 MILLIARDEN machen diese 28 MILLIONEN gerade mal 0,15 Prozent des Gesamtvolumens aus. Auch der zentrale Inflationshilfetopf von 125 Millionen Euro, den der Hamburger Senat erst auf Druck, auch auf unseren, dann viel zu spät aufgelegt hat, wird hinten und vorne nicht reichen.

Bleibt es bei dieser unzulänglichen Ausfinanzierung der drängenden Bedarfe angesichts der massiven Folgen der multiplen Krisen, dann steht Hamburg beim sozialen Zusammenhalt und auch bei der Energieversorgung vor ganz dunklen Zeiten. Unsere Antwort lautet:

## Hamburg solidarisch und gerecht aus den Krisen führen!

Und dafür fordern wir den sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft, den Ausbau der sozialen Infrastruktur und die Stärkung und Absicherung aller Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, strukturell und finanziell. Für die Finanzierung liegen eine einmalige Vermögensabgabe, die Wiedererhebung der Vermögenssteuer und eine Besteuerung von Übergewinnen absolut klar auf der Hand. Das sind die zentralen Eckpfeiler, die unsere Haushaltsplanung bestimmen.

Uns ist schon klar, dass diese Einnahmen mit Bundesgesetzen beschlossen werden müssen. Aber auch Hamburg ist ein Teil dieses Bundes und die beiden Regierungsparteien in Hamburg machen immerhin zwei Drittel der Ampel der Bundesregierung aus. Und der immer wieder gebetsmühlenartig vorgetragene Satz, DIE LINKE wolle bloß immer mehr von allem und spiele »Wünsch Dir Was« wird durch ständiges Wiederholen nicht richtiger.

2019 verabschiedete die SPD selbst – übrigens auf Initiative von Olaf Scholz – das Konzept für eine Vermögenssteuer. Ab zwei Millionen Euro Privatvermögen sollte es losgehen, mit einem Steuersatz von einem Prozent und erwarteten Einnahmen von zehn Milliarden Euro pro Jahr. Was ist daraus geworden, seit aus dem Bundeskanzlerkandidaten Olaf Scholz der neue Bundeskanzler wurde? Nix! Und genauso stand es auch im Wahlprogramm der GRÜNEN: Die Vermögenssteuer sollte für Vermögen oberhalb von zwei Millionen Euro pro Person gelten und jährlich ein Prozent betragen. Da kann ich nur sagen: Was schert mich mein Geschwätz von gestern?

Übrigens lautet Artikel 106 des Grundgesetzes: »Das Aufkommen der folgenden Steuern steht den Ländern zu: 1. die



Steuergeschenke-Weihnachtsbaum der Linksfraktion (Foto: Pressestelle der Linksfraktion)

Vermögenssteuer.« Da steht also »Wünsch Dir Was« sogar in unserer Verfassung, liebe SPD und GRÜNE! Da lassen wir nicht locker!

Statt diese Möglichkeiten auszuschöpfen und die eigenen Forderungen ernst- und das vorhandene Geld den Reichen und Superreichen wegzunehmen, werden die Kosten wieder in erster Linie auf dem Rücken der vielen Normal- oder Geringverdienenden und Sozialleistungsempfänger:innen getragen, statt auf den breiten Schultern der Vermögenden, die es auch hier in Hamburg zuhauf gibt und die gerade in Krisenzeiten noch »breiter« geworden sind.

Hamburg muss sich für die Abschaffung der Schuldenbremse stark machen, denn die Schuldenbremse ist ökonomischer Unfug. Sie verhindert nachhaltige und sich langfristig auszahlende Investitionen.

Auch muss der Spitzensteuersatz auf 50% erhöht werden. Die so erzielbaren Steuererhöhungen sollte die Stadt dann ab 2024 in ihren Haushalt einplanen.

Und diese notwendigen Steuern von Einkommensmillionär:innen und Kapitalgesellschaften müssen dann auch tatsächlich erhoben und durchgesetzt werden.

Daher sind Steuerverwaltung und Staatsanwaltschaften im Bereich Wirtschaftskriminalität so auszustatten, dass die



Das bisschen Haushalt macht sich von allein! (Sharepic, <https://pixabay.com/de/vectors/kleidung-m%c3%a4dchen-dame-w%c3%a4scherei-2029337/>)

milliardenschweren Schäden aus diesem Bereich wie etwa Cum-Ex- und Cum-Cum-Geschäfte auch wirksam bekämpft werden können.

Der Haushaltsentwurf des Senats sieht lediglich eine Fortschreibung der Budgets vor. In Zeiten einer explodierenden Inflationsrate von 10 Prozent sind das faktische Kürzungen. Wir setzen uns für eine sachgerechte Berücksichtigung steigender Preise ein. Ein ganz einfaches Rechenbeispiel spricht hier gegen den Haushaltsentwurf des Senats: Wo der Senat bei 10 Prozent Inflation mit nur 1,5 Prozent Tarifsteigerung plant, müsste real Personal drastisch abgebaut werden. Doch: Öffentliches Personal muss gehalten und in einigen Bereichen ausgebaut werden.

Die »Inflationsprämie« in Höhe von 3.000 Euro, die steuer- und abgabefrei ausbezahlt werden kann, muss unabhängig von regulären Tarifsteigerungen in Höhe der Inflation für alle städtischen Bediensteten, außer für sehr hoch dotierte Beamte und Angestellte, ausgeschöpft werden.

### **Armut bekämpfen – Öffentliche soziale Infrastruktur ausbauen!**

Forderungen von uns zu den sogenannten Einzelplänen sind zum Beispiel:

Die UN-Nachhaltigkeitsziele und ein Beschluss des Europaparlaments verpflichten auch Hamburg, bis 2030 Armut und Obdachlosigkeit zu beenden. Damit das gelingt, muss jetzt dringend umgesteuert werden. Denn 366.300 Hamburger:innen leben in Armut oder sind von Armut bedroht – das ist jede:r Fünfte in dieser Stadt, Tendenz steigend. Entsprechend braucht es dringend umfassende Maßnahmen zur Armutsprävention und -bekämpfung: eine soziale Infrastruktur, die Beratung und Versorgung mit kurzen Wegen, niedrigschwellig und kostenlos, ermöglicht. Im Bereich der Obdach- und Wohnungslosigkeit hält der Haushaltsplanentwurf weiterhin am Status quo fest – die aktuelle

Anzahl der Obdach- und Wohnungslosen wird lediglich verwaltet. Dabei muss jetzt dringend das Ziel sein, diese Menschen in Wohnraum zu vermitteln.

Jedes Kind, das eine Hamburgische KiTa besucht, sollte ein kostenloses Frühstück erhalten. Dafür sind entsprechende finanzielle Mittel bereitzustellen. Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Frauenhäuser und andere soziale Einrichtungen müssen endlich vollständig barrierefrei und der Sanierungsstau behoben werden. Dazu müssen die investiven Mittel im Fachhaushalt sowie bei den Bezirken massiv erhöht werden. Auch das Angebot der Offenen Kinder- und Jugendarbeit muss ausgebaut werden. Je 500 Wohneinheiten in einem Quartier muss immer auch eine Einrichtung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit mitgeplant werden.

Chancengleichheit zu verfolgen bedeutet, eine wirksamere Antidiskriminierungspolitik zu gestalten. Hamburg hat im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern keine Landesantidiskriminierungsstelle für Betroffene von Diskriminierung – diese muss eingerichtet werden. Die bestehenden Beratungsstellen gegen rassistische Diskriminierung und rassistische Gewalt müssen dauerhaft besser ausgestattet werden.

### **Sozialer Wohnungsbau gegen den Mietenwahnsinn**

Die Mieten in Hamburg fressen bei immer mehr Menschen einen Großteil des Einkommens auf. Der Senat hat direkte Möglichkeiten zum Eingreifen zugunsten der Mieter:innen. Zum einen muss er den geförderten Wohnungsbau ankurbeln. Hamburg braucht mindestens 4.500 Wohnungen im Jahr 2023, 6.000 im Jahr 2024. Von denen sollen mindestens 95 Prozent echte, im 1. Förderweg errichtete Sozialwohnungen mit 6.90 Euro/qm Nettokaltmiete werden. Zum anderen sind die jährlichen Gewinne der SAGA in Höhe von rund 200 Millionen Euro nicht mehr – auch nicht teilweise – an die Stadt abzuführen: Die SAGA muss sie selbst zum Erhalt günstiger Mieten einsetzen. Auf Bundesebene sind der Mietendeckel und ein Mietestopp, das Verbot von Indexmieten sowie das (neue) Vorkaufsrecht in Gebieten mit Sozialen Erhaltungsverordnungen notwendige Maßnahmen, die der Senat auch mit eigenen Gutachten unterstützen muss.

Eine Stadtentwicklung ohne echte Beteiligung der Bürger:innen führt zu Unzufriedenheit, zu Konflikten und sinkendem Interesse an einer solchen Beteiligung. Dem muss entgegengewirkt werden. Beteiligungsmöglichkeiten müssen gestärkt und ausgebaut und auch dafür finanzielle Mittel aufgebracht werden.

### **Klimakatastrophe verhindern – in die Verkehrswende, nachhaltigen (Wohnungs-) Bau, Grünerhalt und Hochwasserschutz investieren!**

Hamburg kommt auf dem bisher eingeschlagenen Klimaschutzpfad nicht schnell genug voran. Der bestehende Klimaplan bleibt unterfinanziert und wird dem 1,5-Grad-Ziel nicht gerecht. Hamburg muss dringend einen sozial-ökologischen Investitionsfonds für Klimaschutzmaßnahmen auflegen.

Die Verkehrswende ist ein zentraler Baustein für die Bekämpfung der Klimakrise. Neben der Stärkung des Fuß- und

Radverkehrs muss der öffentliche Verkehr auf allen Ebenen ausgebaut und barrierefrei werden. In den Monaten Juni, Juli und August 2022 trug das 9-Euro-Ticket wesentlich zu einer Dämpfung des Preisanstiegs bei und entlastete Privathaushalte. Ergänzend zum bundesweiten 49-Euro-Ticket benötigt Hamburg für den ÖPNV der Stadt ein 29-Euro-Ticket. Menschen mit wenig oder keinem Einkommen sollen kostenlos den ÖPNV nutzen können.

Das Schienennetz muss konsequent erweitert und insbesondere bisher schlecht angebundene Stadtteile besser erschlossen werden. Unsere Stadt braucht eine weitere Elbquerung für den Schienenverkehr zwischen Harburg und Altona auf der besonders belasteten Nord-Süd-Achse. Der Umweltverbund aus Fahrrad, Bus und Bahn soll das Stadtbild prägen und den motorisierten Individualverkehr als sichtbarstes Verkehrsmittel in der Stadt ablösen. Dies muss auch das klare Ziel der geforderten Investitionsoffensive der Hochbahn sein. Durch den Einstieg in ein Straßenbahnnetz kann Hamburg wesentlich schneller und günstiger als mit den geplanten U-Bahn-Linien mehr Menschen an ein gutes und zugängliches Nahverkehrssystem anbinden.

Neue Wohnungen müssen in Hamburg mindestens im Niedrigst-Energie-Standard gebaut werden. Nach Sanierungen dürfen die Kosten für Mieter:innen die Einsparungen bei den Heizkosten nicht übersteigen. Neue öffentliche Gebäude sind grundsätzlich im Passivhausstandard zu bauen. Gebäude im Besitz der Stadt Hamburg und ihrer Unternehmen müssen energetisch saniert, große Dachflächen für Solaranlagen genutzt werden.

Für die Hamburger:innen ist Stadtgrün das sichtbarste und naheliegendste Stück Natur in der Stadt. Gerade dicht besiedelte Stadtteile, in denen Menschen in relativ kleinen Wohnungen leben, brauchen als Ausgleich öffentlich zugängliche, gepflegte Grünräume. Ziele hamburgischer Politik müssen die ausreichende Versorgung mit Naherholungsgebieten und deren kontinuierliche Pflege seitens der Bezirke und die Erhöhung von Aufenthaltsqualitäten von Wohnumfeldern sein. Tatsächlich stagnieren die Ausgaben aber im gesamten Grünbereich seit Jahren.

Der Hochwasserschutz, ein wichtiges Feld der Klimafolgen-Vorbereitungen unserer Stadt, hat trotz der Sturmflutereignisse und des Binnenhochwassers keine finanzielle Unterstützung erhalten.

### **Bildung braucht ausreichende Finanzierung – und genügend Lernzeit!**

Corona führte zu insgesamt weniger Lernzeit bei gleichbleibendem Leistungsdruck. Damit Hamburgs Schüler:innen nicht noch mehr unter den pandemiebedingten Einschränkungen leiden, müssen den betroffenen Jahrgängen mehr Lernzeit eingeräumt und die dafür notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Ein Schulversuch an Gymnasien und Stadtteilschulen soll ein Jahr mehr Lernzeit ermöglichen. Stadtteilschulen sollten hierzu jahrgangsübergreifende Lerngruppen einrichten und finanziert bekommen. Gymnasien sollen Schüler:innen nicht nach Klasse 6 abschulen.

Des Weiteren muss den Coronafolgen an Schulen durch die Stärkung multiprofessioneller Teams begegnet werden. Das pädagogisch-therapeutische Personal muss dabei gestärkt werden. Die Mittel aus dem Bundesprogramm »Aufholen nach Corona« müssen verstetigt, zielführend und inklusiv eingesetzt werden. Jedes Kind mit einem besonderen Unterstützungsbedarf erhält eine verlässliche Schulbegleitung.

Im Hochschul- und Wissenschaftsbereich plant der Senat, die Kürzungsoffensive aus dem vergangenen Haushalt fortzusetzen. Die minimalen Veränderungen bei der Grundzuweisung an die Hochschulen entspricht weder der selbstdeklarierten Steigerung um 2 Prozent noch reichen sie auch nur ansatzweise dazu aus, die durchschnittliche Tarif- und Preissteigerungsquote der vergangenen Jahre auszugleichen. Folge dieser Politik sind die Ausgabensenkung für Personal an einigen Hamburger Hochschulen. So werden gute Lehre und vor allem die Nachwuchsförderung gefährdet. Darüber hinaus werden Studienplätze abgebaut oder nicht planmäßig aufgestockt, obwohl diese bei Bundesmitteln budgetbegründend sind. Die unsozialen Auswirkungen der Kürzungspolitik zeigen sich insbesondere bei der Finanzierung des Studierendenwerks: Dessen jahrelange eklatante Unterfinanzierung soll auch mit dem gegenwärtigen Haushaltsentwurf fortgesetzt werden.

Neben der unzureichenden Grundfinanzierung gibt es auch bei der Förderung von Studierendenwohnheimen und Mensen kontinuierliche Unterfinanzierungen. Auch hier sollen bereits prekarierte Menschen die Kosten der verschiedenen Krisen abfangen.

### **Aus Corona lernen – Gesundheitsversorgung vor Ort stärken, Pflegenotstand bekämpfen!**

Auch bei der Gesundheitsversorgung finden sich im vorliegenden Haushaltsplanentwurf keine ausreichenden Lehren aus der Pandemie. Das Ziel, mindestens sieben Stadtteilgesundheitszentren in allen Bezirken zu etablieren, wurde bisher weder erreicht noch deren Förderung verstetigt.

Die Ungleichheit in der ärztlichen Versorgung wird zwar thematisiert, aber wirksame Instrumente, die der Kommerzialisierung des ambulanten Gesundheitssystems entgegenwirken könnten, wie etwa die Einrichtung kommunaler Gesundheitszentren, werden nicht in Betracht gezogen. Ein Ausbau niedrigschwelliger Präventionsangebote in den Quartieren, wie ihn etwa Bremen während der Pandemie erfolgreich betrieben hat, ist nicht vorgesehen.

Der Pflegenotstand und die Flucht der Pflegekräfte aus ihrem Beruf gehören weiterhin zu unseren drängendsten Problemen. Das selbst gesetzte Ziel des Senats, dafür zu sorgen, dass sich die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte nachhaltig verbessern, ist im vorliegenden Haushalt nirgends zu finden. Die »Allianz für Pflege«, die für das Berufsbild wirbt, verbessert die Arbeitsbedingungen nicht, sondern kann im besten Fall bloß mehr Menschen den Beruf nahe bringen.

Pflegebedürftigkeit in der stationären Altenpflege wird zu einem immer größeren Armutsrisiko, weil auch die Eigenanteile ins Unermessliche steigen. Ein wichtiges Instrument, um

dem entgegenzuwirken, wäre die Übernahme der Investitionskosten durch die Stadt, wie es auch in der Vergangenheit geschehen ist. Der Senat schiebt jedoch die Verantwortung auf den Bund ab und bleibt untätig.

Auch die Krankenhaus-Investitionsmittel reichen bei Weitem nicht aus und sollen bis 2026 planmäßig auch nicht steigen. Das bedeutet inflationsbereinigt eine Kürzung der Krankenhaus-Investitionen. Bei baulichen Maßnahmen fällt diese reale Kürzung durch die steigenden Baukosten sogar noch drastischer aus. So steigen die ohnehin überhöhten Eigenanteile der Krankenhäuser weiter. Dies führt zu Investitionsstaus und falschen Einsparungen beim Personal.

Krankenhäuser gehören generell in öffentliche Hand und dürfen nicht durch private Eigentümer:innen auf größtmöglichen Profit zugeschnitten werden. Daher ist ein Rückkauf der Asklepios-Kliniken in Hamburg anzustreben.

### **Demokratische Kontrolle über Hamburgs Finanzen sichern!**

Die immer weiter steigenden globalen Mehr- und Minderausgaben im vorliegenden Haushaltsentwurf sind nichts anderes als eine Verschiebung der Haushaltshoheit weg vom Parlament hin zur Regierung. Das kritisiert auch der Landesrechnungshof. 1,3 Milliarden Euro werden im Doppelhaushalt als »globale Mehrkosten« dem Senat anvertraut, ohne dass die Bürgerschaft deren Verwendungszwecke kennt oder festlegt. Diese Mittelverwendung muss auf das absolut notwendige

Maß begrenzt werden und stattdessen den jeweiligen Produkten zugeschlagen werden.

Die andere Seite davon, die »globalen Minderausgaben«, entpuppen sich bei näherer Betrachtung als behördeninterne Sparvorgaben. Regelmäßig sind diese Beschlüsse nur dadurch erfüllbar, dass freiwerdende Stellen nicht wiederbesetzt oder eigentlich notwendige Projekte nicht umgesetzt werden. Sie müssen daher stark begrenzt werden.

In 25 Einzelanträgen zum Haushalt zeigen wir in enger Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, wo die Bedarfe in unserer Stadt liegen, und wie ihnen gerecht und angemessen begegnet werden könnte, ja dringend müsste. In den letzten Haushaltsberatungen wurden alle unsere Anträge mit einem einzigen »Argument« abgelehnt, es fehle das nötige Geld, man müsse sich fokussieren und bescheiden. Das kann nur jemand sagen, der entweder keine Kenntnisse von der Lebenswirklichkeit der Mehrheit hat oder sie trotz Kenntnis kleinredet und damit ignoriert. Beides ist unverzeihlich, unverantwortlich und ein politisches Versagen!

Deswegen möchte ich den Artikel mit einem Appell an unsere Leserinnen und Leser beschließen: Verfallen Sie nicht dem Schuldenbremsen-Mantra! Erinnern Sie die SPD und die GRÜNEN an ihre eigenen Forderungen nach Wiedererhebung einer Vermögenssteuer!

Ein Staatshaushalt ist nicht zu vergleichen mit einem schwäbischen Privathaushalt! Geld ist genug da, es ist nur falsch verteilt!

## **U5 – gut oder schlecht für Hamburg? Bürger:innen melden sich im Rathaus zu Wort**

Von Heike Sudmann

Am 30. September setzte der Senat eine große Inszenierung für den angeblich ersten Spatenstich für die geplante Linie U5 um. Mit einem rasant geschnittenen kurzen Filmchen sollte den Gästen und der Öffentlichkeit die U5 als DAS Projekt dargestellt werden. Schon im Vorfeld titelte der Senat in seiner Pressemitteilung vom 13. September: »U5 wird Leuchtturmprojekt für klimaschonendes Bauen«. Weiter hieß es dort, dass mit der U5 die klimaschonendste U-Bahn in Deutschland entstehen solle. Der Bau der U5 sei ein Jahrhundertprojekt.

Egal, wie groß die Worte sind, die U5 wird bei der so dringend notwendigen Erreichung der Klimaziele bis zum Jahr 2030 nicht helfen können. Denn selbst der kurze Stummel von 5,8 Kilometer Länge zwischen Bramfeld und der City-Nord wird nach den eigenen Angaben des Senats frühestens 2032 in Betrieb geben. Die restlichen 19 Kilometer bis hin zu den Arenen am Volkspark irgendwann in den 2040er-Jahren.

Damit der Senat sich nicht nur in seiner Blase und seinen großen Worten sonnen kann, habe ich im Verkehrsausschuss die Gelegenheit genutzt, eine öffentliche Anhörung zur U5 durchzusetzen. Jede Bürgerin und jeder Bürger kann bei so



einer Anhörung ihre/seine Meinung sagen. Rund 80 Hamburger:innen folgten der Einladung am 1. Dezember ins Rathaus. 20 von ihnen trugen dem Verkehrsausschuss sehr fundiert und gut recherchiert ihre Meinung vor. Und, für mich nicht überraschend: In allen Wortbeiträgen wurde die U5 kritisiert. Nur ein Redner war zwar letztendlich für die U5, aber nicht so, wie geplant. Als Alternative wurde von fast allen ein Stadtbahnnetz für Hamburg gefordert.

Ein längerer und sehr informativer Beitrag über die Anhörung findet sich unter diesem Link <https://dt5online.de/2022/12/02/u5-oeffentliche-anhoerung-im-verkehrsausschuss-eine-nachlese/>. Ich danke dem Autor, Marcel Auktun, für die Zustimmung zur Veröffentlichung im »Bürger:innenbrief«.

Mein Fazit aus der Anhörung sieht so aus: Es gab sehr viele interessante und absolut nachvollziehbare Informationen. Hier ein paar Stichworte bzw. Argumente der Bürger:innen:

- Die versprochene CO<sub>2</sub>-Reduktion findet vor allem auf dem Papier statt. In der Realität wird bis zum Baubeginn (und -fertigstellung) weder der klimafreundlich(er)e Beton noch der Stahl zur Verfügung stehen.
- Die Fahrgastzahlen für Bramfeld wurden so hochgerechnet, dass spätestens in der Mittagszeit ganz Bramfeld entvölkert sein muss, da alle mit der Bahn (weg) fahren.
- Die U5 ist das schlechteste ÖPNV-Projekt für Steilshoop unter all den Projekten, die seit Jahrzehnten versprochen und geplant wurden.

- Die Kosten für die U-Bahn sind so immens, dass eine Finanzierung durch den Bund angesichts der geplanten Ausgaben – Inflation, Wirtschaftskrise, Coronakrise, Wohnungsmangel, 100 Milliarden-Programm für Rüstung, ... – unrealistisch ist.
- Die U-Bahn ist pro Kilometer im Bau 10- bis 20mal so teuer wie die Stadtbahn und kommt viel zu spät, um Menschen aus dem klimaschädlichen Auto in die Bahn zu bringen.

Diese Anhörung hat mich in meiner Kritik an der U5 bestätigt. **Am Donnerstag, den 2. Februar 2023, 17.00 Uhr, findet im Rathaus (Raum 151) die Senatsbefragung zu der U5 statt.** Ich freue mich schon darauf, den Senat mit all den tollen Informationen und Recherchen zu konfrontieren. Die Sitzung ist öffentlich, jede:r kann zuhören (dann aber leider nicht reden). Ein Wortprotokoll mit den Folienbeiträgen von der Anhörung am 1. Dezember wird voraussichtlich ab Anfang Januar in der Parlamentsdatenbank zu finden sein. Wer es nicht findet, kann sich gerne auch an mich wenden, ich schicke dann den Link zu.

## Schule am Limit: Was Hamburgs Schulen jetzt brauchen!

Von Hanno Plass

**Ein Schritt vor, zwei zurück: Bildungspolitische Akteur:innen diskutierten am 24. November die aktuelle Lage des Hamburgischen Schulsystems und die daraus folgenden Aufgaben.**

Voll besetzt war das Podium im Kaisersaal des Rathauses. Neun Vertreter:innen der Schul- und Bildungslandschaft Hamburgs waren der Einladung der Linksfraktion gefolgt. Die Schüler:innenkammer war mit Charlotte Schmiedel und Malik Sauerbeck vertreten, die Gymnasialleitungen mit Dr. Christian Gefert, für die Stadtteilschulleitungen saß Thimo Witting auf dem Podium, für die Gemeinschaft der Elternräte der Stadtteilschulen (GEST) Thorsten Schütt und Dr. Andreas Yasseri, die Lehrerkammer vertrat Sven Baake, den Grundschulverband Stefan Kauder und die GEW Yvonne Heimbüchel. Auch rund dreißig interessierte Gäste fanden den Weg ins Rathaus.

Die Gesichtspunkte, nach denen die Beteiligten ihre Einschätzung und ihre Empfehlungen geben sollten, lagen auf der Hand:

- Was ist mit unserem Bildungssystem in den letzten zwei Jahren geschehen?
- Wie waren die Erfahrungen von Schüler:innen, Eltern und Pädagog:innen unter Corona?
- Wie sehen ihre jeweiligen Perspektiven auf die Lage der Schulen konkret aus?
- Was brauchen die Schulen an Unterstützung und Weiterentwicklung für die kommenden Jahre?



Das Podium im Kaisersaal des Rathauses (alle Fotos: Hanno Plass)

- Was muss aus der einzelnen Sicht heraus jetzt geschehen, um den Coronafolgen angemessen zu begegnen?
  - Welche Forderungen müssen an die Landespolitik gestellt werden?
  - Und wie könnte mensch sie möglicherweise gemeinsam entwickeln und in den politischen Prozess einspeisen?
- Bei allen vorhandenen Differenzen überschneiden sich die Darstellungen der einzelnen Podiumsteilnehmer:innen. We-

sentliches Merkmal in der Gegenwart sei die Erfahrung, in jedem Bereich des Schullebens unter enormem Druck zu stehen. Diese Belastungen beträfen nicht nur den Stress, die vielfältigen Anforderungen in einem verdichteten Schulsystem erfüllen zu müssen. Die Verdichtung beträfe auch die Unterrichtsgestaltung, für die sowieso wenig Raum sei, geschweige denn für eine qualitative Unterrichtsentwicklung, hieß es vom Podium. Allseits wurde der eklatante Personal-mangel bemerkt, der besonders »schwache« Schulen – mit niedrigem Sozialindex in Randlagen – träfe. Eine kaum ernstzunehmende Beteiligung und Einbindung der Schulen in die Gestaltung des Bildungswesens sei ein strukturelles Problem, durch das Entscheidungen der Schulbehörde ohne Einbezug der Schulen und oftmals ohne zusätzliche Ressourcen zu ihrer Umsetzung weitergereicht würden. Eine systematische und wirksame Unterstützung der Schulen vor Ort würde fehlen. Ebenso sei alles prekär und kaum gelebt, was in den Bereich der Inklusion fiele – sofern sie aufgrund der fehlenden Ressourcen und Finanzierung überhaupt stattfände.

Alle Beteiligten stimmten darin überein, dass es innovativen, kreativen und pädagogisch-didaktisch modernen Unterricht flächendeckend in den Schulen geben müsse. Für dessen Entwicklung brauche es aber Zeit, die den Kollegien nicht zur Verfügung stehe. Zeit fehle auch, um den Folgen der Coronakrise und den Schulschließungen bei den Schüler:innen zu begegnen. Und Zeit fehle auch, um das Schulsystem im Sinne der Schüler:innen weiterzuentwickeln. Allen Versuchen, in diese Richtung zu gehen, fehle der Rückenwind aus der Schulbehörde. Diese ließe sich zwar auf punktuelle, aber kaum auf eine ernstgemeinte und wirksame Beteiligung ein, auch dieser Punkt war unter den Teilnehmer:innen unstrittig.

Sabine Boeddinghaus merkte an, dass ihr als Bildungspolitikerin der Widerspruch zwischen der Wahrnehmung und Schilderung der Anwesenden und des Schulsenators und der Debatte im Schulausschuss auffalle. Kritische Töne oder gar Selbstkritik seien dort in der Hamburger Straße nicht vorhanden, ebenso wenig wie die Erkenntnis, dass man es mit einer anlaufenden Bildungskrise zu tun habe.

Hinsichtlich der gegenwärtigen angespannten Lage formulierten alle Anwesenden deutliche Kritik am Vorhaben des

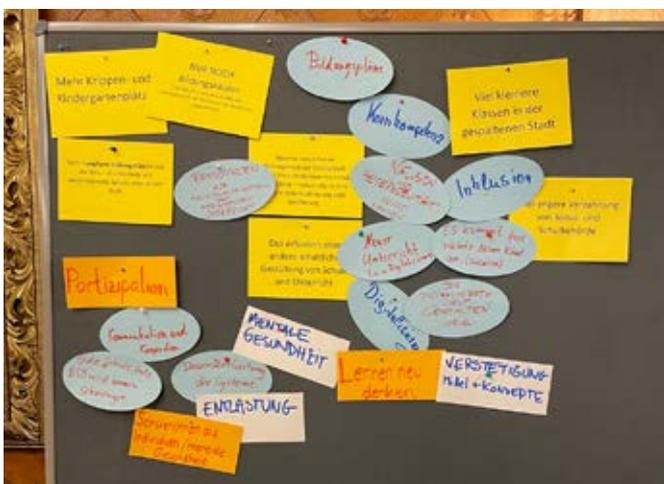


Diskussionsveranstaltung am 24. November, mit Sabine Boeddinghaus am Mikrofon

Schulsenators, neue Bildungspläne vorzulegen, an denen zum einen nur Marginalien der bestehenden Kritik und zum anderen eine Entwicklungsrichtung in die Vergangenheit festgelegt werde.

Aufgaben für und in den Schulen müssten vielmehr in die Zukunft gerichtet werden, weshalb eine kritische Bestimmung eines modernen Bildungsbegriffs als Grundlage für eine Weiterentwicklung des Schulwesens dienen müsse. Dabei lieferten neben dem aktuellen Stand der Wissenschaft auch Phantasie und Kreativität ihren Beitrag. Darauf aufbauend müsste gemeinsam ein Weg aus der Krise entwickelt werden. Um sich auf diesen Weg zu machen, sei es jedoch eine Vorbedingung, dass – so hieß es – die Kultur des Misstrauens seitens der Schulbehörde überwunden werde. Wenig Hoffnung bestand seitens des Podiums, dass der Schulsenator aus freien Stücken einlenken werde. Nur Druck könne helfen, das Schulsystem im Sinne der Kinder und Jugendlichen weiterzuentwickeln. Für die Weiterentwicklung bedürfe es überdies Zeit, die durch Prüfungsdruck weiter reduziert werde. Die Verdichtung der Arbeit und die vielfachen Belastungen der Lehrkräfte werden zu einer massiven Überforderung führen, welches im System Schule gar nicht mehr aufgefangen werden könne. Der daraus folgende Ausfall von Lehrkräften und damit Unterricht werde sich, so die Prognose, zusätzlich negativ auf die Bildungslaufbahn der Kinder und Jugendlichen auswirken. Ein gesamtheitliches Konzept von Bildung statt einer überholten Leistungsvorstellung wäre ein Weg, der sich anbahnenden Misere zu begegnen.

Neben der Diskussion wurden noch gemeinsame Anforderungen zusammengetragen. Dabei standen Forderungen nach Entlastung und Gesundheit, einem ganzheitlichen Bildungs-



begriff im Sozialraum Schule (bspw. durch Bildungshäuser), kleine Klassen und Stärkung der Inklusion, wie auch eine umfassende und wirkliche Beteiligung im Mittelpunkt.

Vom Publikum wurde außerdem gefordert, die Rechte von Kindern und Jugendlichen zu stärken, auch weil es um die Einübung von Demokratie- und Kritikfähigkeit gehe, sowie ebenfalls die andauernde Belastung und Überforderung in den Schulen moniert. Dass Bildung eine soziale Frage und soziale Aufgabe sei, wurde allseitig begrüßt.

Nun liegt es besonders beim Bündnis für mehr Zukunft in der Schule (zukunftschiene.hamburg), in welchem alle anwesenden Akteur:innen sich zusammengefunden hatten, den Druck und die öffentliche Aufmerksamkeit zu organisieren und aufrecht zu erhalten. Sabine Boeddinghaus unterstrich abschließend, dass die Einrichtung eines institutionalisierten Bildungsrats eines der zentralen politischen Projekte in der kommenden Zeit werden könne.

## Mietenprobleme und kein Ende

Von Michael Joho

Zugegeben, bisweilen ist es schon etwas ermüdend, die immer gleichen Horrormeldungen zu notieren und zu lesen. Nehmen wir die Mietenexplosion. Eine neue, am 29. November veröffentlichte Studie des Portals Immowelt belegt, dass die Nettokaltmiete in Hamburg in den vergangenen fünf Jahren um 18 Prozent angestiegen ist, während die Verbraucher:innenpreise »lediglich« um 15 Prozent angewachsen sind.<sup>1</sup> Bei Neuvermietung mussten die Hamburger:innen 2017 durchschnittlich 10,60 Euro je Quadratmeter hinlegen, 2022 sind es laut Immowelt 12,50 Euro/qm. Da beruhigt es auch nicht wirklich, dass Hamburg unter den 79 deutschen Großstädten hinsichtlich der Miethöhe »nur« im Mittelfeld des Rankings angesiedelt ist.

Eine der Ursachen für die Mietenentwicklung in Deutschland und auch in Hamburg sind ganz sicher die Probleme der Baubranche, die sich in der jüngsten Vergangenheit vermehrt mit Materialengpässen, Rohstoffmangel, Fachkräftemangel, Energiepreis- und Zinssteigerungen konfrontiert sieht. So hat es zutreffend Noch-Senatorin Dorothee Stapelfeldt beschrieben. Anlass war dafür die Veröffentlichung eines neuen Gutachtens zu den Baukosten in Hamburg am 1. Dezember. Anders als in vorangegangenen Zeiten sind in der jüngsten Vergangenheit vorrangig die **Herstellungskosten** gestiegen, nämlich von 3.133,72 Euro je Quadratmeter (qm) im 2. Quartal 2020 auf 4.017,70 Euro/qm im 2. Quartal 2022, d.h. um sagenhafte 28,2 Prozent in nicht einmal zwei Jahren. Deutlich moderater fällt der Anstieg beim zweiten Faktor der Baukosten, den **Grundstückskosten**, aus: Diese sind im gleichen Zeitraum von 853,80 Euro/qm auf 916,96 %, also um 7,4 Prozent angewachsen. Zusammen ergibt das eine Durchschnittssumme für den Bau nur eines Quadratmeter Wohnraums von 4.934,66 Euro/qm. Inzwischen dürfte erstmals die 5.000er-Schallmauer durchbrochen worden sein.

Für die Mieten heißt das, dass quasi kein kostendeckender Mietwohnungsbau unter 15 Euro pro Quadratmeter mehr errichtet werden kann. »Experten sicher«, so die Schlagzeile in der »Hamburger Morgenpost« vom 9. Dezember: »Neuvermietung sprengt die 20-Euro-Grenze«. Recht anschaulich ist

in diesem Zusammenhang die Grafik aus dem o.a. Gutachten über die Entwicklung der Herstellungs- und Grundstückskosten in Hamburg 2016 bis 2022 – mit bedrückendem Ausblick auf 2023.<sup>2</sup> (siehe Grafik auf der nächsten Seite)

Auch für die LINKE und die Linksfraktion sind diese Zahlen ernüchternd und herausfordernd. Klar, überall steckt ein Anteil an Profiten und Extraprofiten drin, bei den Bautätigkeiten, der Materialbeschaffung und vielem mehr. Und auch die Grundstückskosten, die nach dieser Übersicht allerdings nur noch knapp 20 Prozent der gesamten Baukosten ausmachen, beinhalten – zumindest bei den privaten Baugrundstücken – eine erhebliche Größenordnung an Gewinnen aus der Bodenspekulation.

Aber machen wir uns nichts vor, Wohnungsbau ist natürlich auch im Sozialismus nicht zum Nulltarif zu haben. Was also tun, um die Kostenexplosion einzuschränken? Dazu hier nur ein paar erste Gedanken.

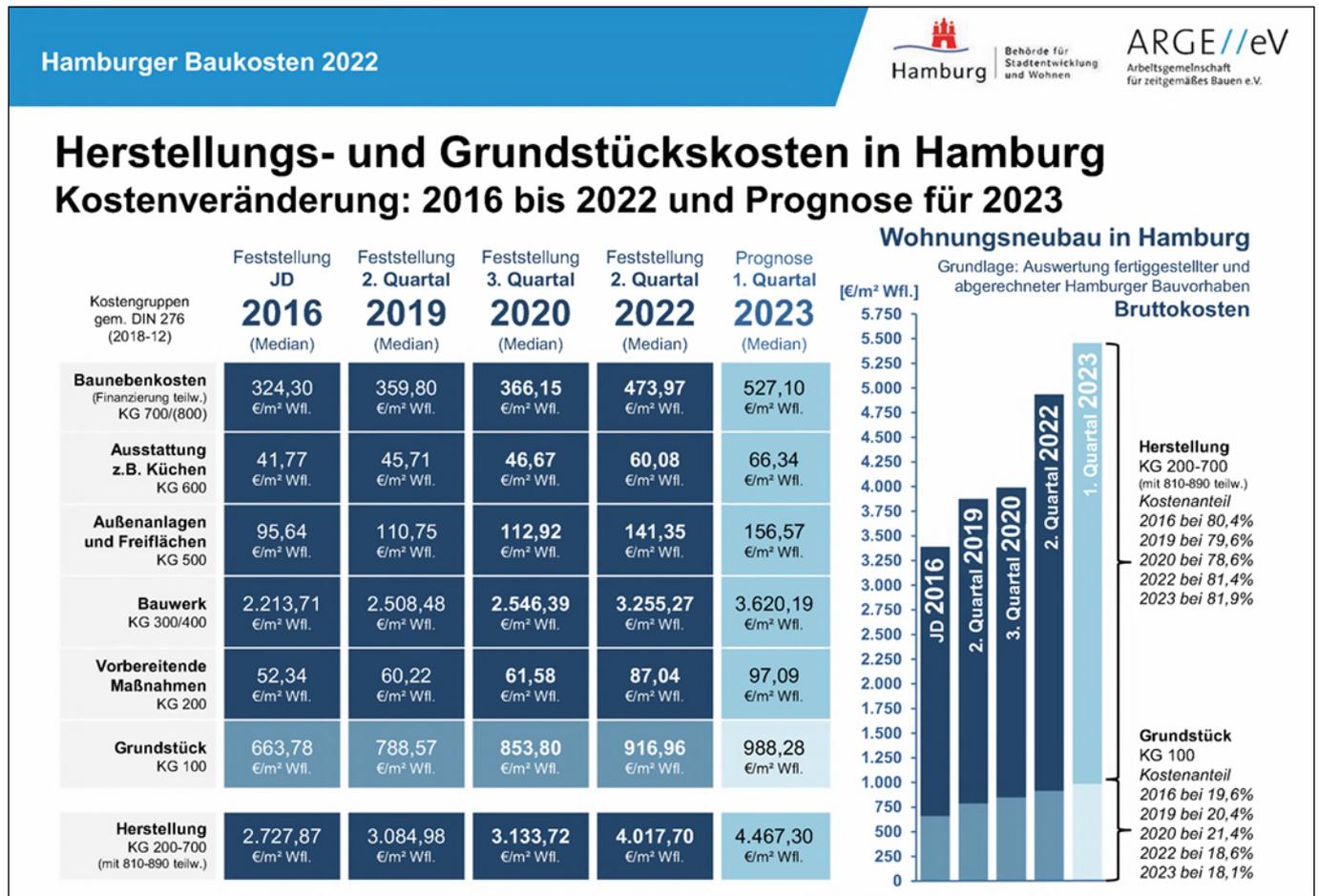
Zunächst einmal bedarf es eines **grundlegenden Wandels in der Bodenpolitik**. Boden ist ein rares und nicht beliebig vermehrbares Gut. Boden, die Erde sollte wie Luft und Wasser zu den Commons, zum gesellschaftlichen Gemeingut gehören. Privateigentum dagegen widerspricht diesem Grundverständnis und ermöglicht Gewinne durch Bodenverkäufe und Spekulation. Deswegen setzt sich DIE LINKE beispielsweise für ein konsequentes Erbbaurecht ein, also das Ziel, kommunales Eigentum an Grund und Boden nur noch für längere Zeiträume zu verpachten, aber nicht mehr zu veräußern. Durch mehr kommunales Eigentum könnten die Grundstückspreise gesenkt und die Bauprojekte an den Bedarfen der Menschen ausgerichtet werden.

Ein zweiter Faktor ist – im Großen betrachtet – natürlich auch die privatkapitalistische Anlage auch der Bauindustrie. Die Bauwirtschaft rechnet für 2022 mit einem Umsatz von 151 Milliarden Euro<sup>3</sup>, kein Pappenstiel also, und damit sowohl hinsichtlich der Produktions- als auch der Beschäftigungszahlen »noch vor so wichtigen deutschen Industrie-

<sup>1</sup> [www.immowelt-group.com/presse/pressemitteilungenkontakt/immoweltde/2022/durch-krisen-gepraegt-mieten-in-deutschen-grossstaedten-heute-bis-zu-37-prozent-hoehere-als-vor-5-jahren/](http://www.immowelt-group.com/presse/pressemitteilungenkontakt/immoweltde/2022/durch-krisen-gepraegt-mieten-in-deutschen-grossstaedten-heute-bis-zu-37-prozent-hoehere-als-vor-5-jahren/).

<sup>2</sup> [https://daten.transparenz.hamburg.de/Dataport.HmbTG.ZS.Webservice.GetResource100/GetResource100.svc/58316781-124f-4ac6-8ac1-947c58f7de78/Akte\\_\\_BWSB632.100-022.pdf](https://daten.transparenz.hamburg.de/Dataport.HmbTG.ZS.Webservice.GetResource100/GetResource100.svc/58316781-124f-4ac6-8ac1-947c58f7de78/Akte__BWSB632.100-022.pdf).

<sup>3</sup> [www.bauindustrie.de/pm/bau-stuetzt-konjunktur-mehr-umsatz-mehr-beschaefigte-fuer-2022](http://www.bauindustrie.de/pm/bau-stuetzt-konjunktur-mehr-umsatz-mehr-beschaefigte-fuer-2022).



bereichen wie dem Maschinenbau oder der chemischen Industrie.<sup>4</sup>

Wie wäre es denn, wenn die in diesen Zahlen verborgenen Gewinne bzw. Profite wenigstens dadurch geschmälert würden, dass auch Hamburg wieder städtische Baukapazitäten schafft, also selbst baut?! Zu dem Erbe der frühen ArbeiterInnenbewegung nach 1900 gehörte die Bauhüttenbewegung, sozial bzw. gemeinwirtschaftlich ausgerichtete Werkstätten, die in den 1920er-Jahren einen gewissen Anteil am (Wohnungs-) Bau erreichen konnten. Die Berliner LINKE ist schon vor längerem in die Debatte eingestiegen, eine **Kommunale Bauhütte** einzurichten, um darüber zunächst einmal Leistungen für die gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen zu erbringen. Darüber mehr in einem der nächsten »Bürger:innenbriefe«.

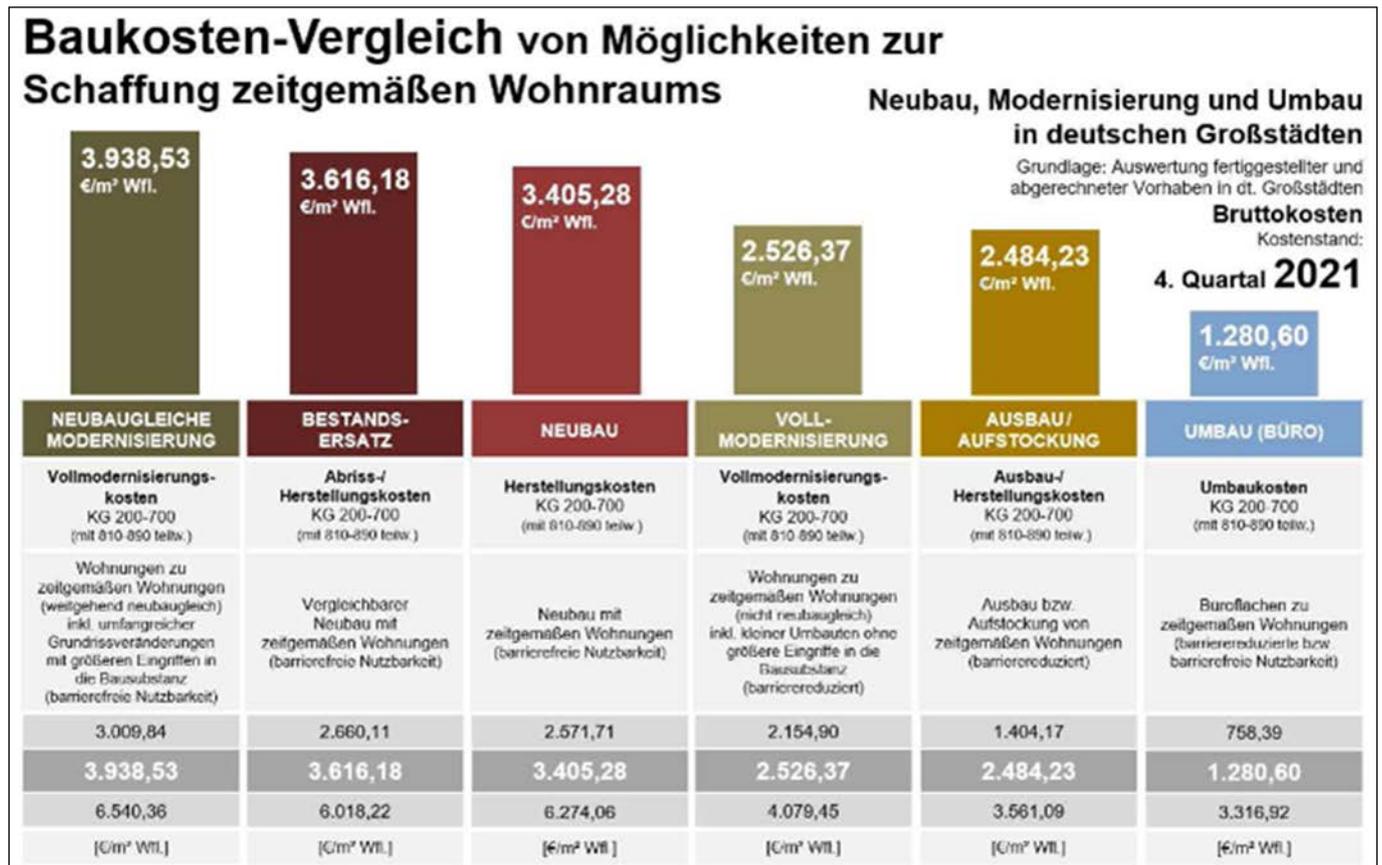
Ein dritter Aspekt ist, neben dem notwendigen Neubau, auch an die **Sanierung im Bestand** zu denken. Die Linksfraktion hatte schon in einer Broschüre über »Wohnungsnot und Mietenwahnsinn in Hamburg« (S. 58) Ende 2019 als eines der Hauptanliegen formuliert, vor einem Gebäudeabriss grundsätzlich eine Ökobilanz zu erstellen und ggfs. den Abriss zu untersagen, wenn mehr Energie in den Neubau als in die Sanierung gesteckt werden müsste. Schließlich, so hat-

ten wir damals festgestellt, »verursacht die Bauwirtschaft 53% des Mülls und 40% aller Treibhausgase«. Mensch möge sich nur mal den monatelangen Abriss der City-Höfe und den im Entstehen begriffenen neuen Trumm vor Augen führen – was da an CO<sub>2</sub> freigesetzt und an Baustoffen vergeudet wurde!<sup>5</sup> In diesem Zusammenhang geht eine oft klimaschonend sinnvolle Sanierung im Bestand ja mit dem Umstand einher, dass günstiger Wohnraum erhalten bleibt, statt durch super-teuren Neubau ersetzt zu werden. In dieser Hinsicht ist eine »Folie« des Geschäftsführers der »Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen« (ARGE), Dietmar Wahlberg interessant. Er hat sie auf dem 13. Deutschen Wohnungsbau-Tag am 17. Februar 2022 präsentiert.

Die Aufstellung (*siehe Grafik nächste Seite*) illustriert, dass Neubau oder erst recht eine neubaugleiche Modernisierung die teuersten Formen zur Schaffung von Wohnraum sind. Modernisierung und Ausbau und Aufstockung im Bestand und interessanterweise Umbau z.B. von Bürokapazitäten kämen dagegen rund 1.500 bis 1.000 Euro/qm günstiger und der Büroumbau sogar um gut 2.500 Euro/qm. Kurz und gut, Erhaltung und Umbau eines bestehenden Gebäudes wird im Durchschnitt etwa ein Drittel günstiger als Neubauten.

<sup>4</sup> [www.bauindustrie.de/zahlen-fakten/bauwirtschaft-im-zahlenbild/bedeutung-der-bauwirtschaft](http://www.bauindustrie.de/zahlen-fakten/bauwirtschaft-im-zahlenbild/bedeutung-der-bauwirtschaft).

<sup>5</sup> [www.linksfraktion-hamburg.de/wohnungsnot-und-mietenwahnsinn-in-hamburg/](http://www.linksfraktion-hamburg.de/wohnungsnot-und-mietenwahnsinn-in-hamburg/).



Ein entscheidender Punkt ist viertens natürlich die **verstärkte Förderung von Wohnraum**, denn ohne die und deren deutlicher Ausbau ist halbwegs günstiges oder jedenfalls für das Gros der Bevölkerung bezahlbares Wohnen gar nicht mehr denkbar. Es ist vielleicht eine der Kernmarken der LINKEN, den sozialen Wohnungsbau massiv voranzutreiben, in Hamburg und überhaupt im Bundesgebiet. In der dieser Tage anstehenden Haushaltsdebatte wird die Linksfraktion daher beantragen, im kommenden Jahr statt der (von diesem Senat eh schon nicht mehr erreichten) Zielzahl von 3.000 geförderten Wohneinheiten 4.500 und in 2024 dann 6.000 anzustreben, davon mindestens 95 Prozent im 1. Förderweg (s. den *haushaltspolitischen Beitrag von Sabine Boeddinghaus ab Seite 3*).

Ein fünfter, allerdings in der Diskussion höchst kontroverser Punkt ist, die **Wohnungsgrößen im Neubau zu verkleinern**. Das kann sicher nicht für den sozialen Wohnungsbau gelten, wo heute für Einpersonenhaushalte 50 Quadratmeter vorgesehen sind, für Zweipersonenhaushalte 60, für Dreipersonenhaushalte 75 und für Vierpersonenhaushalte 90. Aber warum soll es nicht möglich sein, per Vorgaben z.B. für städtische Liegenschaften oder über die Baugenehmigungen Wohnungsgrößen zu begrenzen? Das würde langfristig mehr Wohneinheiten auf weniger Fläche zur Folge haben und – ganz nebenbei – auch ressourcen- und auch landschaftsschonend sein. Aber das ist, wie gesagt, eine kontrovers geführte Diskussion.

Zwei Möglichkeiten der Reduzierung des Neubauvolumens und der Baukosten seien hier nur noch kurz genannt. Gut wäre es, wenn Personen (deren Partner:in z.B. verstorben ist) eine **größere Wohnung für eine kleinere eintauschen könnten, aber eben unter Mitnahme des günstigen Quadratmeterpreises der Ausgangswohnung**. Zumindest für größere Wohnungsgesellschaften wäre das ein machbarer, hier und da auch praktizierter Weg. Aber was spräche gegen einen genossenschaftsübergreifenden Wechsel zu den genannten Konditionen? Bayern hat übrigens gerade – sogar mit Unterstützung Hamburgs – eine entsprechende Initiative im Bundesrat eingebracht.

Und zu guter Letzt wird in der alternativen Bau- und Stadtplaner:innenszene darüber nachgedacht, ob bestimmte Bauvorgaben wirklich notwendig sind oder zwecks Senkung der Herstellungskosten im Einzelfall infrage gestellt werden sollten. Gemeint sind damit sozusagen Standards als Kostentreiber, beispielsweise die hohen Gestaltungskosten, die durch bestimmte Fassadenauflagen (teure Wärmedämmverbundsysteme), eine hohen Anteil Fensteröffnungen und anspruchsvolle Dachbegrünungen anfallen.

Mein Fazit: Wir sollten die Diskussion der Baukostenexplosion nicht nur der Wohnungswirtschaft, den Eigentümer:innenverbänden und den Großkopferten aus Wissenschaft und Architektur überlassen, sondern auch eigene Überlegungen von unten entwickeln. Aber wie angeführt, kein einfaches Thema!

## Skandale der Stadtentwicklung – Zwischen Elbtower und Holstenareal



Gaby Gottwald, Peter Schönberger, Heike Sudmann, Theo Bruns und Christoph Twickel (v.l.)

So lautete der Titel einer Veranstaltung der Linksfraktion am 25. November im Rathaus. Der Saal war mit 90 Personen überfüllt, offenbar fanden gar nicht mehr alle Interessierten Zugang zum Kaisersaal. Elbtower und Holstenareal: zwei Orte, zwei Themen, aber das gleiche Muster, heißt es im kurzen Auswertungsartikel auf der Fraktionswebsite. Mit einer Mischung aus Größenwahn und Ahnungslosigkeit stolpern Hamburgs Regierungsparteien in gewaltige Schlamassel, unter deren Folgen dann Hamburgs Mieter:innen und Steuerzahler:innen gleichermaßen leiden.

Auf dem Podium saßen neben Heike Sudmann (stadtentwicklungspolitische Sprecherin der Hamburger Linksfraktion) der Journalist Christoph Twickel (ZEIT, NDR) und Theo Bruns (Initiative »...knallt am dollsten«) für das Drama rund um das Holstenareal sowie Gaby Gottwald (Städtebauexpertin der LINKEN Berlin) und Peter Schönberger (Autor und früherer EU-Beamter) zum Trauerspiel um den Elbtower.

Wie aus erstklassigen Baugrundstücken überdrehte Spekulationsobjekte werden konnten und wie windige Immobilien-Konzerne mit Hamburgs Grund und Boden ihre Bilanzen ins Unermessliche aufblasen, lief vor dem Augen eines wechselweise erstaunten und entsetzten Publikums wie im Krimi

ab. Mehr davon, so die verbreitete Reaktion am Ende der Veranstaltung! Also mehr Veranstaltungen dieser Art, die Krimis kommen unter diesem Senat von ganz alleine.



Krimistunden um stadtentwicklungspolitische Fehlentscheidungen des Senats (beide Fotos: Pressestelle der Linksfraktion)

## Tipps und Termine

Die globale Meldung wie immer vorweg. Anfang Dezember meldete das weltweit anerkannte Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI, dass die 100 größten Rüstungskonzerne der Erde im vergangenen Jahr – also vor dem Ukraine-Krieg – **schwere Waffen und Militärdienstleistungen im Wert von fast 600 Milliarden Dollar verkauft** haben. Trotz Pandemie und gestörter Lieferketten sind damit die globalen Rüstungsverkäufe in 2021 um 1,9 Prozent von 570 auf 592 Milliarden gegenüber dem Vorjahr angestiegen. SIPRI zufolge nehmen die Rüstungsverkäufe seit 2015 wieder kontinuierlich zu. Verkäufe im Wert von 299 Milliarden Umsatz (= 51 %) tätigten übrigens die USA, Deutschland hatte immer noch einen Anteil von 1,6 Prozent (»Die Zeit«, online vom 5.12.2022, [www.zeit.de/wirtschaft/2022-12/ruestungsindustrie-waffenhandel-sipri-friedensforscher](http://www.zeit.de/wirtschaft/2022-12/ruestungsindustrie-waffenhandel-sipri-friedensforscher)). In was für einer kranken Welt leben wir eigentlich?

# Mietraum<sup>2</sup>

Die Zeitung von Mieter helfen Mietern - Hamburger Mieterverein e.V. - [www.mhmhamburg.de](http://www.mhmhamburg.de)



**ENERGIEWENDE**  
Strom vom Balkon

**VOLKSINITIATIVEN**  
100 Jahre preiswert wohnen

**MIETPREISBREMSE**  
**So bremst man Hamburgs Teuer-Mieten**

2.2022 — 2,50 €

Zeitschrift des Mietervereins zu Hamburg von 1890 r.V. - Landesverband im Deutschen Mieterbund - C 31622 F Ausgabe 4/2022

# MieterJournal

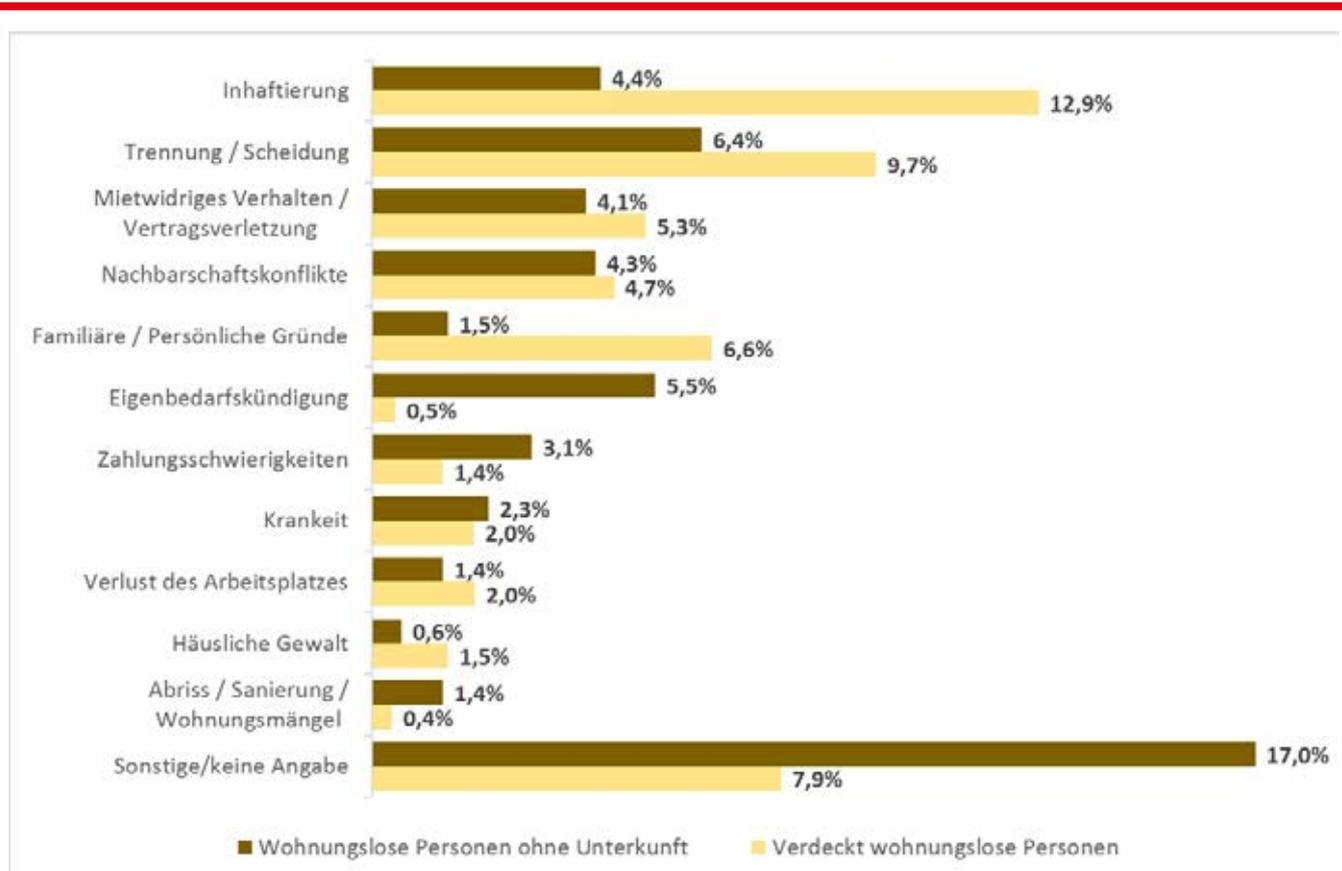
Gestärkt in die Zukunft  
**Mieterverein erweitert seine Angebote**

Obdachlosigkeit: Housing-First-Projekt gestartet  
Stadtteil-Rundgang: Volksdorf  
Volksinitiativen: Hundert Jahre Mietpreisbindung

**DMB**  
DEUTSCHER  
MIETERBUND

Für alle Menschen und Initiativen, die sich mit der Hamburger Mieten- und Wohnungspolitik auseinandersetzen, sind die Mitgliederzeitschriften der beiden größten **Mieter:innenvereine** unverzichtbar, also auch für uns. Sowohl die ältere und mit rund 72.000 Mitgliedern auch größere der beiden Institutionen – der Mieterverein zu Hamburg von 1890 – wie auch Mieter helfen Mietern (MhM) Hamburg – gegründet 1980 und knapp 20.000 Mitglieder stark – stellen ihre Periodika und natürlich auch weitere Informationen regelmäßig ins Netz. Die neueste Ausgabe des **Mieterjournals** vom Mieterverein gibt es hier [www.mieterverein-hamburg.de/export/sites/default/content/dokumente/mieterjournal/mieterjournal-2022-4.pdf](http://www.mieterverein-hamburg.de/export/sites/default/content/dokumente/mieterjournal/mieterjournal-2022-4.pdf). die MhM-Zeitschrift **Mietraum<sup>2</sup>** unter diesem Link: <https://mhmhamburg.de/files/download/mietraum/mhm-mieterzeitung-mietraum-2-2022.pdf>. Reinblättern lohnt sich allemal.

Eine Schriftliche Kleine Anfrage von Caren Lay, Bundestagsabgeordnete der LINKEN, hat jüngst ergeben, dass laut Antwort des Bundesjustizministeriums vom 30. November **im vergangenen Jahr 977 Zwangs-**



**räumungen in Hamburg** durchgeführt wurden. Bundesweit sollen es 29.001 gewesen sein. Auch wenn es in 2020 mit 30.731 Zwangsräumungen noch etwas mehr gewesen sind, bleibt doch die Größenordnung bemerkenswert. Kündigungen aufgrund von Zahlungsschwierigkeiten müssen ausgeschlossen und Räumungen in die Wohnungslosigkeit verboten werden, fordert Caren Lay kategorisch (Merkur, online vom 4.12., [www.merkur.de/deutschland/hamburg/921-zwangsräumungen-in-hamburg-zr-91955253.html](http://www.merkur.de/deutschland/hamburg/921-zwangsräumungen-in-hamburg-zr-91955253.html)).

**In Hamburg** leben mindestens **2.000 Obdachlose** auf der Straße und **19.000 Wohnungslose** in Containern und Notunterkünften – und ist damit die Hauptstadt der Wohnungslosen in Deutschland. 23 Menschen ohne Obdach sind in diesem Jahr bisher schon auf Hamburgs Straßen gestorben, meldete am 5. Dezember »Hinz&Kunzt« ([www.hinzundkunzt.de/schon-23-menschen-sind-dieses-jahr-auf-hamburgs-strassen-gestorben/](http://www.hinzundkunzt.de/schon-23-menschen-sind-dieses-jahr-auf-hamburgs-strassen-gestorben/)). Zu dem Thema passt, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Dezember erstmals einen **Wohnungslosenbericht für ganz Deutschland** vorgelegt hat ([\[Docs/Downloads/DE/Soziale-Sicherung/wohnungslosenbericht-2022.pdf?\\\_\\\_blob=publicationFile&v=2\]\(https://www.bmas.de/Shared-Docs/Downloads/DE/Soziale-Sicherung/wohnungslosenbericht-2022.pdf?\_\_blob=publicationFile&v=2\)\). Daraus ergibt sich, dass rund \*\*263.000 Menschen kein eignes Dach\*\* über dem Kopf haben, \*\*37.000 sind obdachlos\*\*. Die 80-seitige Studie trägt den Titel \*\*Ausmaß und Struktur von Wohnungslosigkeit\*\* und steht im Zusammenhang mit der »Declaration on the European Platform on Combatting Homelessness« der Europäischen Union und dem Koalitionsvertrag, in denen sich dazu bekannt wurde, Wohnungslosigkeit bis zum Jahr 2030 zu überwinden und hierfür einen Nationalen Aktionsplan aufzulegen. Die Studie birgt viele Informationen und Statistiken, so auch diese zu den \*\*Motiven für Wohnungsverluste\*\* \(S. 31, s. obestehende Grafik\).](http://www.bmas.de/Shared-</a></p>
</div>
<div data-bbox=)

**Zwei Meldungen aus Berlin** erfreuen uns, die sich die SAGA und die Enteignungs-Volksinitiative merken sollten: »Der Berliner Mieterverein (BMV) begrüßt den Senatsbeschluss vom 6.12.22 zum **Mieterhöhungsstopp bei den Landeseignen Wohnungsunternehmen** (LWU). Damit sind die versendeten Mieterhöhungen ab dem 1.11.22 ungültig. »Dieses Moratorium

haben wir gemeinsam mit anderen Initiativen, Sozialverbänden und Gewerkschaften gefordert und freuen uns daher über die schnelle Umsetzung durch den Senat, so Ulrike Hamann, Geschäftsführerin des BMV. »Jetzt ist die private Wohnungswirtschaft gefragt, ebenso die Mieten einzufrieren. Verantwortliche Wohnungsunternehmen haben einen Mietestopp längst freiwillig erklärt«, so Hamann weiter.« ([www.berliner-mieterverein.de/presse/pressearchiv/berliner-mieterverein-begruesst-ende-der-mieterhoehungen-bei-den-landeseigenen-wohnungen-in-zeichen-der-krise-ist-ein-mietenmoratorium-das-richtige-signal-pm2248.htm](http://www.berliner-mieterverein.de/presse/pressearchiv/berliner-mieterverein-begruesst-ende-der-mieterhoehungen-bei-den-landeseigenen-wohnungen-in-zeichen-der-krise-ist-ein-mietenmoratorium-das-richtige-signal-pm2248.htm)).

Und dann gleich noch diese Meldung. Laut »Tagespiegel« (online vom 8.12.) hält Berlins Finanzsenator Daniel Wesener (GRÜNE) die **bisherige Kostenschätzung einer etwaigen Entschädigung enteigneter Wohnungskonzerne für überzogen**. Die vom Senat 2020 taxierte Höhe von 29 bis 39 Milliarden Euro »muss man auf jeden Fall korrigieren«, und zwar deutlich nach unten. Die von der Initiative »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« verbreitete Aussage, »Wesener halte eine »haushaltsneutrale Entschädigung« für möglich, bezeichnete ein Sprecher der Finanzverwaltung als »sehr weit interpretiert« ([www.tagesspiegel.de/berlin/berlins-finanzsenator-zu-enteignungen-kostenschätzung-des-senats-nicht-mehr-up-to-date-8994667.html](http://www.tagesspiegel.de/berlin/berlins-finanzsenator-zu-enteignungen-kostenschätzung-des-senats-nicht-mehr-up-to-date-8994667.html)).

Nicht nur der »Bürger:innenbrief« informiert regelmäßig über Entwicklungen aus dem jeweiligen Zuständigkeitsbereich der **Linksabgeordneten** (und darüber hinaus), auch andere Bürgerschaftsparlamentarier:innen der LINKEN verschicken **Newsletter**. Stellen wir dieses Mal das aktuelle Rundschreiben **von Stephan Jersch** vor. Themen sind darin u.a. der Tierschutz, Energieeinsparung in öffentlichen Gebäuden, die Umsetzung des Klimaplanes und die gescheiterte Elbvertiefung. Hier gibt's das Ganze: [www.stephan-jersch.de/newsletter-11-2022-mdhb-stephan-jersch/](http://www.stephan-jersch.de/newsletter-11-2022-mdhb-stephan-jersch/).

Der **Sozialverband Deutschland** (SoVD) ist doch immer wieder für treffende Analysen und klare Forderungen gut. Jetzt hat der SoVD Hamburg eine neue, Broschüre unter dem Titel **Stadtentwicklungspolitische Leitlinien** herausgegeben. Auf 28 Seiten geht es vor allem um die Themenfelder Armut, Wohnungsbau, Mobilität und Klimaschutz. Und die Parole »Für eine sozial-ökologische Wende!« könnte glatt von uns sein.

Sozialverband Deutschland  
Landesverband Hamburg

**SOVD**

## Stadtentwicklungspolitische Leitlinien

Armut, Wohnungsbau, Mobilität und Klimaschutz  
im Blick – für eine sozial-ökologische Wende



Die Broschüre – wie auch alle anderen SoVD-Publikationen – lassen sich im Netz hier herunterladen: <https://www.sovd-hh.de/news-service/publikationen-ratgeber-broschueren>

Am 7. November hat die Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) eine **neue Studie** zur Bedeutung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit vorgelegt. Die Basis lieferte eine qualitative Befragung unter 87 Jugendlichen und Jungerwachsenen zwischen 13 und 25 Jahren. Das Hauptergebnis: Schutz- und Rückzugsräume sowie Treffpunkte für Jugendliche sind von eminenter Bedeutung. Sie müssen allerdings vielfältig und kostenfrei sein. Die 14-seitige Arbeit von Gunda Voigts und Thurid Blohm (12/2022) mit dem Titel **Zur Bedeutung von Einrichtungen Offener Kinder- und Jugendarbeit in Krisenzeiten aus der Perspektive von jungen Menschen** gibt es hier, ebenso wie eine Vorgängerstudie zum Thema Offene Kinder- und Jugendarbeit in Coronazeiten: [www.haw-hamburg.de/detail/news/news/show/neue-studie-belegt-bedeutung-von-offener-kinder-und-jugendarbeit/](http://www.haw-hamburg.de/detail/news/news/show/neue-studie-belegt-bedeutung-von-offener-kinder-und-jugendarbeit/).

Am 15. November hatte die Behörde für Verkehr und Mobilitätswende ihren **Straßenzustandsbericht** für den Zeitraum 2019 bis 2021 vorgelegt. Von »Rekordwerten« ist in der betreffenden Pressemitteilung die Rede, und klar, da wurden natürlich reichlich Straßen-, Rad- und Gehwegkilometer saniert. Aber offenbar zu wenig, jedenfalls gemessen an den Zielmarken, denn die selbstgegebene **Zensur hat sich von 2,37 (2018) auf 2,45 verschlechtert**. Von wegen Rekordwerten! Und hier die Benotung differenziert: »Einen »sehr guten Straßenzustand« (Note 1,0 bis 1,49) bescheinigt die Analyse insgesamt 42,7 Prozent der befahrenen Straßenkilometer. Für weitere 26,2 Prozent gab es ein »gut« oder ein »befriedigend«, 13,1 Prozent wurden noch mit »ausreichend« bewertet. Für 15,6 Prozent der befahrenen Straßen wurde der Zustand mit »mangelhaft« bewertet« ([www.hamburg.de/bvm/medien/16688546/2022-11-15-bvm-strassenzustandsbericht-2020/](http://www.hamburg.de/bvm/medien/16688546/2022-11-15-bvm-strassenzustandsbericht-2020/)).

Ein Lied von der Missachtung der politisch am schwächsten vertretenen, aber sicherlich am stärksten vorhandenen Gruppe – das sind die Fußgänger:innen, die mit **FUSS e.V.** ja auch einen eigenen Fachverband Fußverkehr haben. Der aktuelle **Newsletter** datiert vom 28. November und beleuchtet u.a. eine erste Studie zu Leihfahrzeigen auf Berliner Gehwegen, behandelt Messungen des Fußverkehrs. Angeklickt werden kann auch das Inhaltsverzeichnis der neuen Ausgabe des Periodikums »mobilogisch«. Alles und noch mehr hier: <https://www.fuss-ev.de/weihnachts-newsletter>.

Hamburg ist **in den vergangenen fünf Jahren um rund 61.000 Menschen gewachsen**, meldete das Statistikamt Nord am 16. November. Bei näherer Betrachtung ergibt sich jedoch, dass die **Entwicklung in den Stadtteilen unterschiedlich** verlaufen ist. In drei Vierteln von ihnen ist die Bevölkerungszahl angewachsen, in jedem vierten Stadtteil schrumpfte sie dagegen. »Besonders hohe Zugewinne gab es in diesem Zeitraum in Neugraben-Fischbek (plus 4.095 Personen), in Altona-Nord (plus 3.744 Personen), in Eidelstedt (plus 3.471 Personen) und in der Hafencity (plus 3.225 Personen). Bevölkerungsverluste gab es dagegen u.a. in Wilhelmsburg (minus 1.658 Personen), Bahrenfeld (minus 848 Personen) und St. Pauli (minus 610 Personen). Die bevölkerungsreichsten Stadtteile sind seit fünf Jahren Rahlstedt (93.906

Personen), Billstedt (71.727 Personen), Winterhude (57.672 Personen) und Eimsbüttel (57.538 Personen). Die Stadtteile mit den wenigsten Einwohnerinnen und Einwohnern waren wie bereits 2017 Reitbrook (539 Personen), Spadenland (545 Personen) und Tatenberg (579 Personen).« Mehr über die Daten auf der Basis der Melderegister mit Stand vom 30. Juni 2017 bzw. 2022 hier: [www.statistik-nord.de/presse-veroeffentlichungen/presseinformationen/dokumentenansicht/bevoelkerung-in-den-hamburger-stadtteilen-2022-64402](http://www.statistik-nord.de/presse-veroeffentlichungen/presseinformationen/dokumentenansicht/bevoelkerung-in-den-hamburger-stadtteilen-2022-64402).

12.649 Eintragungen gibt es auf einer noch recht neuen **Website**, die den schönen Namen **Map of Architecture** trägt. Es handelt sich dabei um eine Onlinekarte für Architektur und Architekt:innen. 12.649 Gebäude lassen sich anklicken, wobei manchmal eben der Name des Architekten bzw. der Architektin aufblitzt. Bei manchem Gebäude gibt es sogar noch ein paar Hintergrundinformationen. Macht auf den ersten Blick viel her, es gibt aber doch viele Lücken. Aber immerhin. Guckst Du hier: [www.mapofarchitecture.com/seite/hotspot/hamburg](http://www.mapofarchitecture.com/seite/hotspot/hamburg).



Viele Eintragungen zu Objekten, aber doch nicht immer mit konkreten Namen

Ein Verbund von bundesdeutschen Hochschulen und der Arbeitskreis Geographische Wohnungsmarktforschung führen **noch bis zum 31. Januar 2023** eine **Online-Ringvorlesung** unter dem vielversprechenden Titel **Wohnen jenseits des Marktes? Geographische Perspektiven einer sozialen Wohnraumversorgung**

durch. Die Termine liegen immer dienstags von 16.30 bis 18.00 Uhr. Einen Überblick über die ausstehenden Termine und Themen – überwiegend Schilderungen sozialer Wohnungsprojekte in verschiedenen Städten – gibt es hier: <https://tu-dresden.de/bu/umwelt/geo/geographie/humangeo/die-professur/news/wohnen-jenseits-des-marktes-geographische-perspektiven-einer-sozialen-wohnraumversorgung>.

Was Schönes plant die bundesweite Bewegung für einen Mietenstopp am **Donnerstag, den 15. Dezember**. In Dutzenden Städten – nach letztem Stand wohl leider nicht in Hamburg – werden an diesem Tag die örtlichen FDP-Zentralen aufgesucht, um gegen die mieter:innenfeindliche Speerspitze des Neoliberalismus zu protestieren. Es gilt die wunderbare Parole **FDP, wir ziehen bei dir ein!** »Der Anlass bleibt unerfreulich und akut«, schreiben die Initiator:innen. »Aufgrund der steigenden Heiz- und Energiekosten können immer mehr Menschen ihre Miete nicht mehr bezahlen. Wir brauchen ein Kündigungsverbot für Mietverträge – jetzt!« Mehr Infos und Einschätzungen zur desaströsen Rolle der FDP gibt es unter <https://mietenstopp.de/fdp/>.

Schulprobleme haben die Bewohner:innen der Hafencity, genauer, der ihnen versprochene Neubau lässt Jahr und Jahr auf sich warten. Gerade teilte die Schulbehörde mit, es würde weiterhin »ein Übergangsstandort für den Campus Hafencity gesucht«. Den Eltern platzt jetzt der Kragen. Am **Samstag, den 17. Dezember**, wird um 15.00 Uhr auf der Straße Am Hannoverschen Bahnhof (in Sichtweite der Brache, wo der Neubau hinkommen sollte) **demonstriert – »für**



Foto von der Website der »Initiative Schulcampus Lohsepark«



Orientierung auf den 15. Dezember (unter <https://mietenstopp.de/fdp/>)

**einen temporären guten und ausreichend großen Lernort am Lohsepark** – statt einem riesigen Büroneubau«. Mehr Infos zu Aktion und Initiative gibt es hier: <http://www.schulcampus-lohsepark.de/>.

Hamburgs wilder Osten (so der Name einer Rothenburgsorter Initiative) hat in den vergangenen Jahren Mitstreiter:innen gewonnen, namentlich die Gruppen Mikropol, Hochwasserbassin und Hallo: e. V. Schon in den vergangenen Wochen haben diese Gruppen über eine verstärkte Kooperation sinniert, am **Donnerstag, den 12. Januar 2023**, um 19.00 Uhr soll in den Räumen der SBH (Billhorner Brückenstraße 40) auch offiziell ein Bündnis geschmiedet werden. Die **AG Ost** versteht sich als neues **Netzwerk für Radikaldemokratische & Solidarische Stadtentwicklung im Hamburger Osten**. Wir sagen Glück auf und immer eine Handvoll Wasser unterm Kiel!

Für **Sonntag den 19. Februar 2023** bereiten zurzeit etliche Initiativen und Einzelpersonen um das Hamburger Bündnis gegen Rechts eine große **Demonstration zum Gedenken an die Opfer der rassistischen Morde von Hanau 2020 und gegen den rechten Terror** vor. Drei Jahre wird es dann her sein. Dass neun junge Menschen kaltblütig erschossen wurden. Auch wir bekräftigen: Kein Vergeben, kein Vergessen – gemeinsam gegen Rassismus und Faschismus!

# SAGA-Mieter:innen erzielen Erfolge

Von Rainer Benecke, aktiv in der Hamburger LINKEN

Herzlichen Glückwunsch zum 100. Geburtstag, SAGA! Im Dezember 1922 ist die Siedlungsaktiengesellschaft Altona gegründet worden. Die Initiative ergriff der Sozialdemokrat Max Brauer (1887–1973), der in der damals noch preußischen Stadt Altona Stadtkämmerer und junger zweiter Bürgermeister war. Es galt, in einer Zeit der galoppierenden Inflation, des chronischen Mangels an Grundnahrungsmitteln und einer hohen Arbeitslosigkeit einerseits und der Spekulationsgewinne der Eigentümer:innen von Grund und Boden, Wohnungen und Häusern der Wohnungsnot andererseits ein Ende zu setzen. Das heute, einhundert Jahre später, größte deutsche kommunale Wohnungsbaunehmen war geboren. Die SAGA ist 2022 mit rund 135.000 Wohnungen und 1.400 Gewerbeeinheiten die größte Vermieterin Hamburgs. Jede/sechste Hamburger:in lebt in einer SAGA-Wohnung.

Blickwechsel nach Hamburg-Eimsbüttel, in die Julius-Vosseler-Straße. Hier stehen die 60 Hochhäuser der **Lenz-Siedlung**, die mit 1.100 Wohnungen, die zum großen Teil der SAGA gehören, Heimat für 3.000 Menschen aus über 60 Nationen ist. Viele von ihnen führen kein einfaches Leben: Alleinerziehend, trotz Erwerbsarbeit auf staatliche Leistungen angewiesen, mit alltäglichem Rassismus konfrontiert. Gut, dass die Siedlung zusammenhält, gut, dass sich der Stadtteilbeirat gegründet hat, gut, dass sich der großen und kleinen Probleme angenommen wird.

Mittendrin: Manuela Pagels, Mieterin einer Wohnung in der Lenz-Siedlung. Sie ist Abgeordnete in der Bezirksversammlung Hamburg-Eimsbüttel für DIE LINKE und aktiv in der LenzIni für soziales Wohnen. Als die Inflation zu galoppieren begann, der schlechte Vertrag der SAGA mit Gaslieferanten aus dem fernen Flensburg ruchbar wurde und die Sorgen der Leute in der Siedlung weiter wuchsen – als wenns nicht genug davon gäbe! – verfassten ihre Mitstreiter:innen und sie einen Brief an die SAGA. Sie baten höflich darum, dass ihre Mieten in der Krise nicht erhöht werden, um individuelle und den Möglichkeiten der jeweiligen Mieter:innen entsprechende Energiepreis-Nachzahlungen zu wuppen. Sie baten um den Erhalt der Sozialbindung, aber auch um die Beseitigung des alle drängenden Reparaturstaus – »schließlich haben defekte Leitungen letztendlich auch einen Einfluss auf unseren Verbrauch!«, so die Mieter:innen

»In Gesprächen an Türen höre ich, hören wir von der LINKEN, dass die turnusmäßigen Mieterhöhungen unter den Mieter:innen für ein verbreitetes Unwohlsein sorgen. Klar, heute ist das noch zu bezahlen – aber wie wird das in Zukunft sein? Überall steigen die Preise, die Energie wird teurer, wie soll das weitergehen? Zumal die SAGA jetzt für weit über 9 Euro neu vermieten will, wie eine Anfrage unserer Bürgerschaftsfraktion ergab! Weit über 9 Euro! Hier, bei uns, in der Lenz-Siedlung! Wo soll das enden?!«

Die Anfrage an den Hamburger Senat, der die Geschäftspolitik als Eigentümer der SAGA beeinflusst und mitgestaltet,



Rainer Benecke, aktiv in der LINKEN

stellte Heike Sudmann, die wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft. Ihre konkreten Fragen zur SAGA-Politik in der Lenzsiedlung ergaben, dass bei Neuvermietungen zukünftig Mieten von über 9 Euro pro Quadratmeter auch in der Lenzsiedlung verlangt werden – und dass die durchschnittlichen Mieten dort seit 2016 um über 20 Prozent gestiegen sind.<sup>1</sup>

»Mir sind Beispiele bekannt, wo auch um die 30 Prozent erhöht wurde. Das sind Zahlen, die wir von Vonovia & Co kennen. Sie sind nicht zu akzeptieren. Erst recht nicht bei einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft, die vor 100 Jahren mit dem sozialen Anspruch gegründet wurde, um der Wohnungsnot und dem Mietwucher zu begegnen. Hier muss der Senat als Eigentümer handeln!«, so Manuela Pagels. »Auch darum unser Brief, den wir mit vielen, vielen Unterschriften versehen in der Geschäftsstelle abgegeben haben, aber auch an die Wohnungsbausenatorin Frau Stapelfeldt geschickt haben. Versprechungen der SAGA sind schön und gut, sie müssen auch eingehalten werden. Warum ist sie denn vor 100 Jahren gegründet worden? Wir werden die SAGA stets an ihre Verantwortung erinnern, unbequem sein. Und wir werden vom Hamburger Senat laut und deutlich fordern, dass er die Gewinne, die die SAGA macht, unser Geld schließlich, für uns einsetzt.« sagt Manuela Pagels. Sie freut sich darüber, dass die SAGA ihr geantwortet hat, Mieterhöhungen gegenwärtig auszuschließen, die Miete bei Neuvermietung auf 7 Euro pro

<sup>1</sup> Die entsprechende Drucksache 22/8551 vom 17.6.2022 gibt es hier: [www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/80219/mieten\\_und\\_wohnen\\_bei\\_saga\\_in\\_der\\_lenzsiedlung.pdf](http://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/80219/mieten_und_wohnen_bei_saga_in_der_lenzsiedlung.pdf).

Quadratmeter festzulegen. Natürlich auch darüber, dass die SAGA individuelle Regelungen bei den Nachzahlungen versprach und sich auch des Reparaturstaus annehmen will. »Ein voller Erfolg!«, so Manuela Pagels. »Doch noch einmal: Dieses Unternehmen ist kommunal. Es gehört uns allen. Und so muss es auch seine Politik gestalten – denn eine günstige Gestaltung der Mieten zumindest der frei finanzierten SAGA-Wohnungen hat eine unmittelbare Auswirkung auf den Mieterspiegel! Der Senat beklagt die Belastungen der Mieter:innen – hier könnte er sofort handeln!«

Uwe Everding-Böhm, ebenfalls SAGA-Mieter, ebenfalls Mitglied der LINKEN, allerdings in **Billstedt**, hörte von dieser Initiative, auch dem Schreiben an die SAGA – und er handelte. Auch er verfasste einen Brief an den kommunalen Vermieter, auch er sammelte Unterschriften, auch er gab sie in der Geschäftsstelle in der Kandinskyallee ab und schickte sie auch an die Senatorin. Und auch er erfuhr von ihm beruhigenden Stellungnahmen. »Sicher ist das jedoch nicht. Auch wir hier in Billstedt und Mümmelmannsberg fordern vom Senat, dass er in der Krise die Vorteile öffentlichen, kommunalen Eigentums nutzt und die Geschäftsleitung der SAGA auffordert, sich entsprechend und im Interesse der Mieter:innen zu verhalten. Schließlich war das damals vor 100 Jahren der Wille Max Brauers. Nun muss der von seinem Nachfolger, Herrn Tschentscher, umgesetzt werden. Der ist doch auch Sozialdemokrat! Aber wir von der LINKEN erinnern ihn auch gerne daran!«

Schwenk zur Elbinsel **Wilhelmsburg**, wo inzwischen ebenfalls Unterschriften bei SAGA-Mieter:innen gesammelt werden. Auch dort werden viele, viele Gespräche an den Haustüren geführt, auch dort wird die Angst der Vielen vor der Zukunft spürbar. »Wir geben unsere Unterschriften kurz vor Weihnachten ab!« sagen die Aktiven dort, »vielleicht gibt's ja ein Weihnachtsgeschenk der SAGA für uns Mieter:innen. Schließlich ist es unser Geld, das in die Gewinne, Rücklagen und in den Hamburger Haushalt geht: Wir wollen nur etwas zurück. Keine Mieterhöhungen, keine unbezahlbaren Energiekostenrechnungen, keinen Abbau der günstigen Sozialwohnungen: Günstige Mieten für Alle!«

»Diese Initiative von SAGA-Mieter:innen meiner Partei unterstreicht nachdrücklich die Notwendigkeit von Mieter:innenbeiräten bei unserer kommunalen Wohnungsbaugesell-



Aktiv für die SAGA-Mieter:innen: Infostand der LINKEN am 28. Oktober in Wilhelmsburg (Foto: Rainer Benecke)

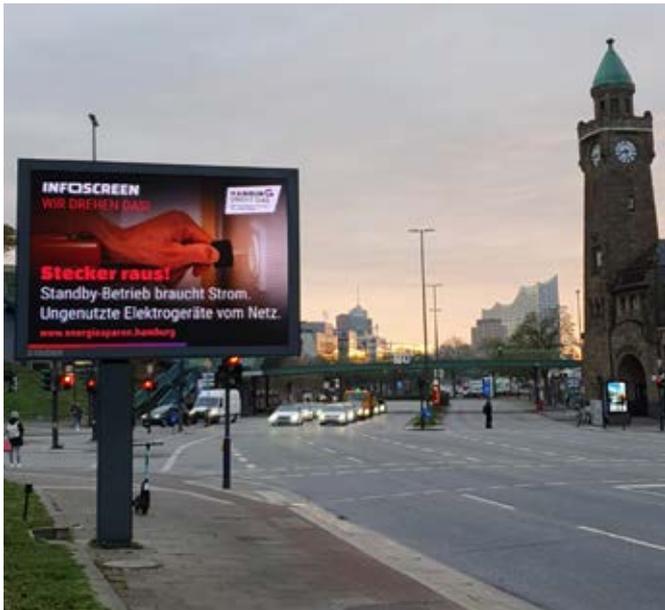
schaft in Hamburg! Die Interessen der Mieter:innen müssen gehört werden, sie müssen mit in die Geschäftspolitik einfließen! Warum hat die SAGA im Unterschied zu anderen kommunalen Wohnungsbauunternehmen im Land keine Mieter:innenbeiräte? Wir sehen doch in der Lenz-Siedlung, welcher positiven Einfluss ein Stadtteilbeirat auf das Miteinander hat! DIE LINKE wird sich laut und vernehmlich für die Einführung dieser Beiräte einsetzen.« So Heike Sudmann, Bürgerschaftsabgeordnete der LINKEN. »Diese Beiräte würden der Forderung nach Aufhebung der turnusmäßigen Mieterhöhungen, Erhalt der Sozialbindung, der Bezahlbarkeit der Gas- und Energierechnung und nicht zuletzt dem Auflösen des Reparaturstaus Nachdruck und neue Durchsetzungsmöglichkeiten verschaffen! Das wäre im Interesse aller Mieterinnen und Mieter.«

## Volksinitiative Hamburg Werbefrei ist zustande gekommen

Von Martin Weise, Hamburg Werbefrei

»Endlich unternimmt jemand etwas.« »Das wird immer schlimmer.« »Es ist unmöglich, auf dem Bahnsteig zu sitzen und ein Buch zu lesen, überall blinkt es.« »Meine Kinder werden von diesen Monitoren angezogen wie Insekten. Es ist schrecklich.« »Wir sollen Energie sparen und hier wird alles voll gestellt mit immer mehr stromfressenden Riesenmonitoren.«

Wer wissen möchte, wie Menschen in Hamburg über digitale Außenwerbung denken, sollte sich mal in der Nähe des Bahnhofs Altona umhören. (Beste Grüße an dieser Stelle an Herrn Tjarks.) Wir haben den Sommer über Unterschriften gesammelt und tausende Gespräche geführt. Anders als der Senat, der über keine Informationen darüber verfügt, ob



An den Landungsbrücken: Absurd, dass auf einem Werbemonitor, der mit jährlich 45.000 kWh so viel Strom verbraucht wie 30 Single-Haushalte, darüber informiert wird, dass es Energie spart, elektrische Geräte vom Netz zu nehmen (Foto: Hamburg Werbefrei)

die Bevölkerung Bock auf omnipräsente Werbemonitore hat (Drucksache 22/3132), können wir die Stimmungslage halbwegs beurteilen. Klar, einigen ist es egal und sie fühlen sich nicht gestört. Es gibt aber auch einen signifikanten Bevölkerungsteil, der sich massiv empört, der entsetzt darüber ist, dass der öffentliche Raum mit immer mehr bewegter, effekt-haschender und oft zum Schreien dummer Dauerbelästigung in Form von Werbemonitoren privatisiert wird.

Unsere Initiative wird von etablierten Organisationen mitgetragen. BUND und NABU unterstützen unser Werberegulierungsgesetz, weil Außenwerbung eine enorme Ressourcen- und Energieverschwendung bedeutet und unnötige Lichtimmissionen Menschen und Natur schädigen. Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) wegen der eindeutigen Verkehrsgefährdung, die durch Ablenkung und Sichtbehinderungen durch Werbeanlagen verursacht wird.

Ende Oktober haben wir 15.303 Unterschriften abgegeben. Laut Mitteilung des Senats vom 15. November ist unsere Volksinitiative damit zustande gekommen. Am 10. Januar 2023 werden wir unser Anliegen im Verkehrsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft vorstellen. Zuschauer:innen sind ausdrücklich erwünscht, die Sitzung ist öffentlich! Die Bürgerschaft hat bis zum 18. Februar 2023 Zeit, sich mit dem Werberegulierungsgesetz zu befassen.

Gegenüber den Regierungsparteien haben wir schon Gesprächsbereitschaft signalisiert. Wir können uns zum Beispiel einen Kompromiss vorstellen, bei dem einzelne Zonen wie die Reeperbahn von Werbeeinschränkungen ausgenommen werden. Insgesamt möchten wir aber, dass digitale und riesige Werbeanlagen mit dem Auslaufen der Verträge der Stadt mit Ströer und Wall aus Hamburg verschwinden. Angesichts von Energie- und Klimakrise ist diese Form von Ausverkauf und



Gute Laune bei Deutschlands erster Demo gegen zu viel Werbung im öffentlichen Raum (Foto: Hamburg Werbefrei)

Energieverschwendung einer menschenfreundlichen und zukunftsfähigen Stadt nicht angemessen.

Wenn es zu keiner Einigung kommen sollte, würden wir im Spätsommer 2023 die Unterschriften für die zweite Stufe der direkten Demokratie sammeln. Wer mitmachen möchte kann sich gerne jetzt schon unter [www.hamburg-werbefrei.de/jetzt-anmelden](http://www.hamburg-werbefrei.de/jetzt-anmelden) registrieren. Falls der Senat meint, unser Gesetzentwurf sollte vorher vom Landesverfassungsgericht überprüft werden (wie er es mit eigentlich jeder Initiative macht, mit der er nicht verhandelt), rechnen wir mit etwa einem Jahr Verzögerung. Dass unser Gesetzentwurf dort besteht, ist ziemlich sicher. Unsere Schwesterinitiative »Berlin Werbefrei« hat vor dem dortigen Landesverfassungsgericht auch schon gewonnen. Unser Volksentscheid würde dann nicht zur Europawahl 2024, sondern erst zur Bürgerschaftswahl 2025 kommen. Wir wünschen den GRÜNEN schon mal viel Spaß dabei, ihren Wähler:innen zu erklären, warum es eine schlaue Idee ist, Hamburg in eine blinkende Dauerwerbesendung umzubauen.

An dieser Stelle noch ein dickes Dankeschön an die Menschen von der Linkspartei. Die Unterstützung war umfangreich und hochwillkommen. Von uns Leuten, die die Initiative gestartet haben ist niemand Mitglied in irgendeiner Partei. Wie es bisher gelaufen ist, zeigt ganz schön, dass sich Einsatz teilweise lohnt, zumindest haben wir viel Zuspruch bekommen und es gab auch eine positive Berichterstattung. Hoffentlich gibt es in ein paar Jahren keine Werbemonitore mehr in Hamburg und dann auch nicht mehr in Deutschland und letztlich der ganzen Welt. Unser Planet und unsere Städte sind viel zu schön für Zerstörung und Werbeschwachsinn.

**Bitte schon einmal den Termin der öffentlichen Anhörung im Verkehrsausschuss vormerken: Dienstag, 10. Januar 2023, 17.00 Uhr, Rathaus, Raum 151.**

Mehr Infos unter [www.hamburg-werbefrei.de](http://www.hamburg-werbefrei.de).



# Für einen fairen Umgang mit den Kursleiterinnen und Kursleitern der Hamburger Volkshochschule

Von Andreas Klotz, Kursleitervertreter an der Hamburger VHS



Demo der VHS-Kursleiter:innen am 23. November (Fotos: Regina Anders und Thomas Spich)

Die Hamburger Volkshochschule (VHS) ist in der ganzen Stadt wohlbekannt und präsentiert ein Bildungsangebot, das seinesgleichen sucht. Seien es Sprachen, IT-Fertigkeiten, Politik, Naturerleben, Yoga, Kochen und alle Arten von künstlerischen Fertigkeiten. Sie bietet für alle, die an ihren Angeboten teilnehmen, einen guten Service und erschwingliche Preise. Auch der Umgang mit dem »Herzen« der Volkshochschule, den Kursleiterinnen und Kursleitern, findet in einer kollegialen Atmosphäre statt.

Und doch, das Herz hat Rhythmusstörungen. Um weiter wie gewohnt – und erwartet – schlagen zu können, fordert es eine angemessene Medizin. Wie soll diese aussehen?

Zunächst braucht es eine Erhöhung der Honorare auf 41 Euro pro Unterrichtsstunde (45 Min.) und dazu einen finanziellen Ausgleich für Mehraufwendungen, z. B. für die Durchführung von Hybridkursen und die Teilnahme an VHS internen Schulungen und Fachtreffen. Der Schuh drückt aber noch mehr bei denen, die an der VHS arbeitnehmerähnlich beschäftigt sind. Sie wünschen eine angemessene soziale Ab-

sicherung, darunter Zuschüsse zu den gesetzlichen Sozialversicherungen, ein Ausfallhonorar bei Krankheit, die Einbeziehung in das Hamburger Personalvertretungsgesetz und anderes mehr.

Um mit diesen Zielen voranzukommen, engagieren sich die Kursleiterinnen und Kursleiter gemeinsam mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), entwickeln Positionspapiere und Flugblätter und haben nun bereits zum zweiten Mal zu einer Kundgebung aufgerufen. Eine Demo fand am 23. November statt und es nahmen gut 100 Kursleiterinnen und Kursleiter daran teil. Der Demonstrationsweg war kurz – vom Bahnhof Sternschanze zum VHS-Hauptgebäude in der Schanzestraße –, aber aussagekräftig und engagiert wurde für die eigene Sache geworben. Das Ensemble Tuten und Blasen untermalte die folgende Kundgebung musikalisch. Redner der GEW und der Kursleitervertretung unterstrichen ihre Forderungen, stellten allerdings auch dar, dass es durchaus im Interesse der Volkshochschule ist, wenn die Honorare erhöht und eine soziale Absicherung geboten werden. Denn nur so bleibt sie als Auftraggeber attraktiv und wird auch künftig in der Lage sein, ausreichend Kursleiter für einen vielfältigen und anspruchsvollen Kursbetrieb zu finden.

Innerhalb kürzester Zeit haben die Kursleiter und Kursleiterinnen der VHS 1.600 Unterschriften auf Protestpostkarten und Listen gesammelt, hauptsächlich bei den Menschen in ih-



ren Kursen (Stand 28.11.2022). Diese Unterschriften zu den prägnant formulierten Zielen werden am 9.12.2022 in der Senatskanzlei übergeben, rechtzeitig mit Beginn der Haushaltsberatungen der Hamburgischen Bürgerschaft.

Dann ist die Bürgerschaft gefragt. Eines steht fest: Die Kursleiterinnen und Kursleiter der Hamburger Volkshochschule stehen auch im kommenden Jahr mit weiteren Aktionen bereit, um ihren Interessen Nachdruck zu verleihen!

## Schon wieder eine Olympia-Bewerbung?

Es geht wieder los? Der Deutsche Olympische Sport Bund (DOSB) will sich erneut um die Austragung Olympischer Sommerspiele bewerben, wieder sind Hamburg und Berlin auf der Wunschliste. UmweltFAIRaendern, ehemals NOlympia-Hamburg.de und FAIRspielen.de, hat dazu einen ersten Kommentar veröffentlicht, dem wir uns gerne anschließen. Wir danken für die Möglichkeit, den Beitrag hier zu übernehmen. Hier der Kommentar:

## Respekt für Demokratie, Ihr da oben! NOlympia Hamburg, mon amour!

Respekt in einer Demokratie geht wie?! Nur sieben Jahre, nachdem die Olympia-Bewerbung vom maroden DOSB und der Hansestadt Hamburg mit Olaf Scholz, Andreas Dressel und einem bis zwei Sport-Innen-Senatoren und den GRÜNEN krachend gescheitert ist, will man sich erneut um die Ausrichtung olympischer Spiele beim IOC bewerben, das nicht wirklich meßbar verkommener ist als die FIFA. Die Hamburger:innen hatten per eines mit Verfassungsänderung eingeführtem Referendums »Nein!« zu Olympia gesagt. Aus vielen unterschiedlichen Gründen.

Vor allem haben sie Nein gesagt gegen die gesamte Elite der Hansestadt Hamburg, die von Olaf Scholz, über Medienkonzerne und auch das Abendblatt, die CDU, FDP, andere Immobilien-Investoren und große Geschäfte Witternde, reichte. Auch die GRÜNEN machten mit, obwohl schon damals viel zu wenig bezahlbare Wohnungen vorhanden waren und klar war, dass Wohnen und Leben in Hamburg City mit Olympia nur noch fast für Millionäre bequem bezahlbar gewesen wäre.

Nein, Rot-Grünes Hamburg und Rest-Elite: Wer Demokratie zur Farce machen will, der will nach dem NEIN zu Olympia jetzt wieder Olympia. Von welchem Respekt wird eigentlich immer wieder in Sport, Wirtschaft und Politik geredet! Hamburg bleibt beim NEIN! Was denn sonst! Das hat das Volk in Hamburg entschieden! Respekt für Demokratie, Ihr da oben! NOlympia Hamburg, mon amour! (formerly known as NOlympia-Hamburg.de und dann FAIRspielen.de)

Der NDR berichtete von der Reaktion aus Hamburg über die Idee beim DOSB: Der Hamburger Sportbund (HSB) und die Sportbehörde unterstützen diese Idee grundsätzlich. »Wir begrüßen es, dass der DOSB einen ergebnisoffenen Dialogprozess anstoßen will, der sich mit der Frage einer erneuten Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele in Deutschland beschäftigt«, teilte die Sportbehörde mit. Grundlage einer neuen Bewerbung müsse »eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung sein, weshalb besonders die übergreifende Nutzung bundesweit vorhandener Sportstätten in die weiteren Überlegungen einbezogen werden sollte«.

Das ist eine Reaktion, die der Demokratie Hohn spricht. Was ist das für ein demokratisches Verständnis, wenn die (damals) Regierenden erstmal eine Verfassungsänderung anstoßen, um überhaupt von »Oben« Volksbefragungen durchführen zu können und dann, nach wenigen Jahren, als wäre die

**Respekt für Demokratie, Ihr da oben!  
NOlympia Hamburg, mon amour!**



Verfassung nur »irgendwas«, noch ein zweites Referendum hinterherschoben, schon wieder wegen einer Olympia-Bewerbung? Hallo Hamburg? Wo ist der Fehler? Hamburg hat NEIN gesagt, und die Politik wollte das - so Scholz, SPD und GRÜNE - respektieren. Wie lange, hatten sie nicht gesagt!

Ok, dann, liebe Sportbehörde und [lieber] Innensenator: »Eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung« ... ist was? Genau, eine Dreiviertel Mehrheit der Hamburger:innen müssen zustimmen, in einem erneuten Referendum?

Nein Nein Nein! Schon hier wird klar, dass Demokratie so nicht funktionieren kann, wenn wirtschaftliche und politische Interessen demokratische Volksentscheide nicht ernsthaft anerkennen!

Hamburg hat erst vor kurzem NEIN gesagt! Also: Stoppt das mit der Bewerbung jetzt sofort! Bevor Demokratie noch mehr Schaden nimmt! Dafür ist sie zu wertvoll!

Noch mal zur Erinnerung der Landeswahlamtsleiter 2015, November: »Landesabstimmungsleiter Willi Beiß gibt nach Auszählung der Stimmen durch die 200 Abstimmungsvorstände und der 356 Briefabstimmungsvorstände am 29. November 2015 um 21.45 Uhr das vorläufige Ergebnis bekannt: Mit 335.638 Nein-Stimmen zu 314.468 Ja-Stimmen ist die Bewerbung Deutschlands mit der Freien und Hansestadt Hamburg um die Olympischen und Paralympischen Spiele 2024 abgelehnt worden.« (Quelle: <https://umweltfairaendern.de/2022/12/06/respekt-fuer-demokratie-ih-er-da-oben-nolympia-hamburg-mon-amour/>.)

## Letzte Meldung aus Leipzig

In der sächsischen Metropole Leipzig, der »Wiege der deutschen Arbeiterbewegung«<sup>1</sup>, tagte am vergangenen Samstag, den 10. Dezember, die Führungsequipe der bundesdeutschen LINKEN. Insgesamt 64 Funktionär:innen – der Bundesvorstand, die Spitzen der Bundestagsfraktion, der Landesverbände und Landtagsfraktionen – darunter aus Hamburg die Landessprecher:innen Sabine Ritte und Thomas Iwan sowie die Fraktionsvorsitzenden Cansu Özdemir und Sabine Boeddinghaus – waren zusammengekommen, um über die Lage und die Perspektiven der LINKEN zu beraten.

<sup>1</sup> So der Titel eines Buches aus dem Dietz-Verlag: [www.rosalux.de/en/news/id/4888](http://www.rosalux.de/en/news/id/4888).



Vor 15 Jahren wurde DIE LINKE gegründet. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik war es damit gelungen, die unterschiedlichen Traditionen der Linken in einer pluralen Partei zu vereinen und die Zersplitterung zu überwinden. »Verwurzelt in der Geschichte der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung, der Friedensbewegung und dem Antifaschismus verpflichtet, den Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen nahe stehend, schöpfend aus dem Feminismus und der Ökologiebewegung, verbinden sich [...] demokratische Sozialistinnen und Sozialisten und Mitglieder der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit zu der neuen Partei DIE LINKE mit dem Ziel, die Kräfte im Ringen um menschenwürdige Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Frieden und Nachhaltigkeit in der Entwicklung zu stärken. [...]

Die neue LINKE ist plural und offen für jede und jeden, die oder der gleiche Ziele mit demokratischen Mitteln erreichen will.« – so lautete der Anspruch im Gründungsdokument. DIE LINKE als plurale sozialistische Partei war und ist eine historische Errungenschaft. Heute aber ist sie in Gefahr. Relevante Gruppen in der Gesellschaft fühlen sich von ihr nicht mehr angesprochen. Zu oft bietet die LINKE ein Bild der Zerstrittenheit und gegensätzlicher Antworten, schlechte Wahlergebnisse und Verluste von Mitgliedern sind deutliche Alarmzei-

chen. In der Öffentlichkeit wird sogar über die Bildung eines alternativen Parteiprojekts spekuliert. Wir sind dagegen bereit für unsere gemeinsame Partei zu kämpfen, das historische Projekt einer geeinten, pluralen sozialistischen Partei zu verteidigen und weiterzuentwickeln.

Unsere Konflikte münden aktuell in einem zerstörerischen Gegeneinander. Das hat tieferliegende Gründe. Der Kampf gegen Hartz IV und die Prekarisierung der Arbeit, gegen Privatisierung, den Neoliberalismus und die militärische Durchsetzung westlicher Vormacht durch Kriegseinsätze war zum Zeitpunkt unserer Gründung das einigende und identitätsstiftende Band, das die Partei zusammenhielt. Seitdem hat sich die Welt weitergedreht. Die neoliberale Weltordnung unter der Hegemonie des Westens ist im Niedergang. In dieser Situation reicht es nicht, bei der Opposition gegen den Neoliberalismus stehen zu bleiben. Mit der immer sichtbarer werdenden Klimakatastrophe, dem notwendigen Ende des fossilen Kapitalismus, zunehmenden imperialen Rivalitäten zwischen USA-Russland-China, dem Erstarren einer extremen Rechten in Europa und schließlich dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine stehen Fragen auf der Agenda, auf die wir nur ungenügend vorbereitet waren. Die Tiefe dieser Krisen haben wir auf dem Bundesparteitag als epochalen Bruch in der kapitalistischen Entwicklung gefasst. In der Klassen-Auseinandersetzung der nächsten Jahre stellt sich für uns die Frage: Wie kann die LINKE im Epochenbruch eine entscheidende Rolle im Kampf für soziale Sicherheit und gute Arbeit, Klimaretterung und Frieden spielen? Voraussetzung, um dieser Aufgabe gerecht zu werden, ist auch die eigenen Visionen für eine gerechte Gesellschaft weiterzuentwickeln. Unser Bundesparteitag hat daher beschlossen, unsere Positionen weiterzuentwickeln und u.a. Vorschläge für eine europäische und internationale Friedensordnung zu formulieren. Diese Diskussion werden wir gemeinsam führen. [...]

Die vollständige Erklärung gibt es hier: <https://www.die-linke.de/start/nachrichten/detail/leipziger-erklaerung/>

## Kulturtipp

Im **Museum für Kunst und Gewerbe** (Steintorplatz) läuft noch bis zum 12. März 2023 eine **Ausstellung**, die den durchaus provokativen Titel »Obdachlosigkeit, Architektur und die Stadt« hat. Wir übernehmen hier eine Ausstellungsbesprechung, die soeben in der St. Georger Stadtteilzeitung »Der lachende Drache« veröffentlicht wurde. Wir danken den beiden Verfasser:innen.

# Obdachlosigkeit kann jede\*n treffen »Who's next?«

Von **Andrea Gottschalk** und **Michael Schulzebeer**

»Obdachlosigkeit ist ein globales Problem und gesamtgesellschaftliches Anliegen – Lösungen hingegen müssen vor Ort diskutiert und gefunden werden. Die politische Haltung, dass Obdachlosigkeit auf persönlichem Verschulden beruhe, hat sich in den letzten Jahren gewandelt. Als mögliche Folge der Coronapandemie und daraus resultierender Insolvenz und Arbeitslosigkeit wurde wie unter einem Brennglas deutlich: Obdachlosigkeit kann jede/n von uns treffen.« So untermauern die Ausstellungsmacher:innen ihr Anliegen auf der Website des Museums für Kunst & Gewerbe.

Die Ausstellung geht der Frage nach, wie architektonische Lösungen das Leben Betroffener besser machen können. Sie zeigt am Beispiel unterschiedlicher Städte der Erde unterschiedliche Ursachen von Obdachlosigkeit auf und stellt dieser Bestandsaufnahme verschiedene gelungene Häuser für Obdachlose (Motto: Housing first) gegenüber.

Gerade diese mit kurzen Texten, Grafiken und Modellen detailliert und anschaulich präsentierten Häuser setzen in der Ausstellung positive Zeichen! Etwa zwanzig mal wird uns bewiesen: Es geht! »Wohnungslosigkeit kann überwunden werden, wenn der politische Wille da ist!« Und der Variantenreichtum der Lösungen zeigt auch, dass in der Architektenschaft echtes Interesse besteht, für die sozialen und politischen Probleme auch spannend gestaltete räumliche Lösungen zu finden. Nicht zufällig ist die Ausstellung an der Technischen Universität München (TUM) von Studierenden und Lehrenden des Architekturfaches entwickelt worden.

An den Säulen im Raum werden zusätzlich kleine, aber nicht weniger wichtige Aspekte dieses Themas beleuchtet,



Im Treppenhaus irritiert das Nebeneinander von gestochen scharfer Farbabbildung der parzellierten Wohnungslosen aus der frühen Coronawelle in San Francisco einerseits und der Ausblick auf das Treiben auf dem novembertrüben Vorplatz des Drob Inn andererseits. Wer ist nah? Wer ist fern? Who's next? (Foto: Michael Schulzebeer)

z.B. das Sperren von Sitzmöglichkeiten durch so genannte »defensive« Maßnahmen, die wir auch aus St. Georg kennen – vom Hansaplatz die Kugeln auf den Pollern, vom Steintorplatz die »Pyramiden« auf den Betonblöcken.

Die Ausstellung ist sehr informativ, aber der/die Besucher/in sollte auch Stehvermögen zum Lesen längerer Texte mitbringen. ♦

---

Mit diesem Bürger:innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger:innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de). Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg